

Arbeit & Wirtschaft



Auf ins Trockene!

Seit Monaten wird der Sozialstaat herausgefordert und angegriffen. Warum es jetzt Wachsamkeit, Beharrlichkeit und neue Ideen braucht, wenn wir ihn bewahren wollen.

Von Revo- und Evolutionen / 32

Bedingungsloses Grundeinkommen
– Vision oder Untergang?

Bitte warten, bitte warten, ... / 18

In der Pflege braucht es dringend
Personal – doch woher?

#6



MICHAEL MAZOHL CHEFREDAKTEUR
ANJA MELZER CHEFIN VOM DIENST
THOMAS JARMER ART DIRECTOR & LAYOUT
MARKUS ZAHRADNIK FOTOS
MIRIAM MONE ILLUSTRATIONEN
WOLFGANG DORNINGER LEKTORAT
SONJA ADLER SEKRETARIAT

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe

Sonja Adler, Renate Anderl, Wolfgang Dorninger, Johannes Greß, Heike Hausensteiner, Julia Hofmann, Thomas Jarmer, Stefan Mayer, Anja Melzer, Robert Misik, Beatrix Mittermann, Miriam Mone, Brigitte Pellar, Christian Domke Seidel, Christina Weichselbaumer, Alexia Weiss, Josef Wöss, Markus Zahradnik

Redaktion Arbeit&Wirtschaft

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 534 44-39263, Fax: (01) 534 44-100222
 redaktion@arbeit-wirtschaft.at

Redaktionskomitee

www.arbeit-wirtschaft.at/impresum

Herausgeber

Bundesarbeitskammer
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22 und
 Österreichischer Gewerkschaftsbund
 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes
 GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1
 Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793
 zeitschriften@oegbverlag.at
 www.oegbverlag.at

Hersteller

Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG
 7201 Neudörfel, Biokfordstr. 21

Verlagsort Wien**Herstellungsort** Neudörfel**Abonnementverwaltung und Adressänderung**

Johannes Bagga, Daniel Kern
 Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 662 32 96-0, aboservice@oegbverlag.at
 Einzelnummer: € 2,50 (inkl. Mwst.)
 Jahresabonnement Inland € 20,- (inkl. Mwst.)
 Ausland zuzüglich € 12,- Porto
 für Lehrlinge, StudentInnen und PensionistInnen
 ermäßigtes Jahresabonnement € 10,- (inkl. Mwst.)

Offenlegung gemäß Mediengesetz, §25

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung
 ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655
 ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,
 ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede Autor*in trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter*innen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

Hinter den Kulissen



Die kennen wir doch! Bisher eher als erfahrene Autorin unseres Magazins, kam **Irene Steindl** jetzt als glänzendes Unterwasser-Model zum Einsatz. Übrigens: Sie hat sogar noch ein weiteres Talent, sie hat den Origami-Kranich **auf der Titelseite** selbst gefaltet.



Dieses Gespräch hat es in sich. Unser Autor **Robert Misik** hat sich zwei Frauen gegenübergesetzt, die im Interview ab **S. 26** einiges zu sagen haben: die frühere Sozialministerin **Lore Hostasch** sowie die Sozialökonomin **Karin Heitzmann**. Gibt es auch als Podcast!

Vom Vogel, der das Glück hält und den Aufbruch mahnt



ANJA MELZER
MICHAEL MAZOHL
REDAKTION

Wussten Sie, welche symbolische Bedeutung der Kranich hat? Schon die griechische Mythologie kannte ihn, er galt dort als Symbol der Wachsamkeit und Klugheit, man nannte ihn auch den „Vogel des Glücks“. Und auch in Japan besitzt er seit jeher einen tieferen Sinn: Er steht für das gute Leben, für Langlebigkeit, für den Frieden. Bis heute schenken sich die Menschen gefaltete Kraniche als Glücksbringer zu besonderen Anlässen.

Diese Tiere leben in einer Gemeinschaft. Sobald Frühling oder Herbst einkehren, machen sie sich als Zugschwarm auf – oft zu Tausenden in einer Gruppe. Dabei achten sie aufeinander und beschützen sich gegenseitig. Wenn sie durch die Lüfte gleiten, bilden sie eine spezielle Formation, eine Art Keil, wie ein Pfeil. So können sie den Windschatten ihrer Artgenossen nutzen, das spart Ressourcen. Sie wissen genau, in welche Richtung sie müssen.

Ein Kranich aus Papier ziert unser aktuelles Cover – als Metapher für den Sozialstaat. Denn auch der steht für ein gutes Leben für alle, er garantiert soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, er nimmt Rücksicht auf die Schwächeren und steht denen zur Seite, die Unterstützung brauchen. Zumindest in der Theorie. Denn der Sozialstaat ist kein Selbstläufer und nicht selbstverständlich. Was zum Beispiel passiert, wenn man ihn bedroht, davon berichtet unsere Coverstory. Sie fasst zusammen, in welcher Wucht erst Türkis-Blau, dann Türkis-Grün an seinen Festen gesägt haben bzw. gerade sägen.

Dass der Sozialstaat aber mehr ist als ein bloßer Rettungsanker für den Notfall, diskutieren Ex-Sozialministerin Lore Hostasch und Sozialökonomin Karin Heitzmann. Und auch sonst klappern wir in dieser Ausgabe sämtliche Baustellen ab, die den Sozialstaat ausmachen und auf die jetzt geachtet werden muss: das Recht auf Wohnen – auch für Obdachlose, die eklatante Frauenarmut im Alter, Missstände in der Pflege oder die Zustände in besonders prekären Branchen wie der Reinigung. Dafür hat unsere Autorin Alexia Weiss mit zahlreichen Betroffenen gesprochen – die Recherche war nicht einfach, denn die wenigsten wollten offen darüber reden. Doch genau das ist wichtig, wenn wir den Kranich ins Trockene bringen wollen: offene Worte. **►**

Inhalt

DEUTSCHER KLASSENKRAMPF

16 Egal ob in Sport oder Kultur, ständig werden Österreich und Deutschland miteinander verglichen. Wir werfen eine neue Kategorie in den Ring: das Sozialstaats-Cordoba – von Gesundheit bis Pension, vom Zwei-Klassen-System bis Zukunftssorgen.

BITTE WARTEN, BITTE WARTEN, BITTE ...

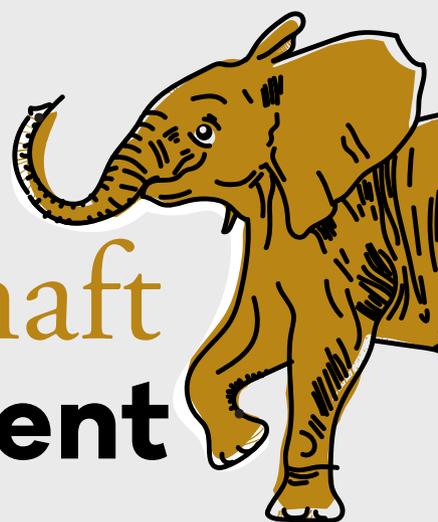
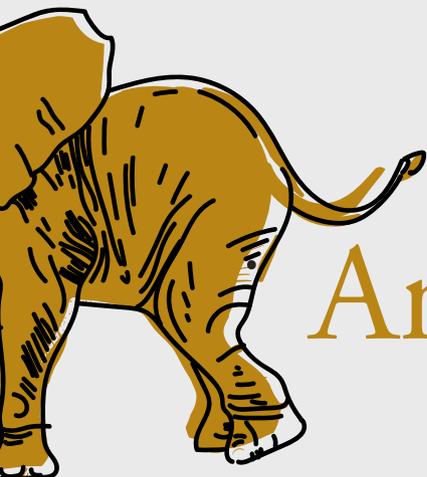
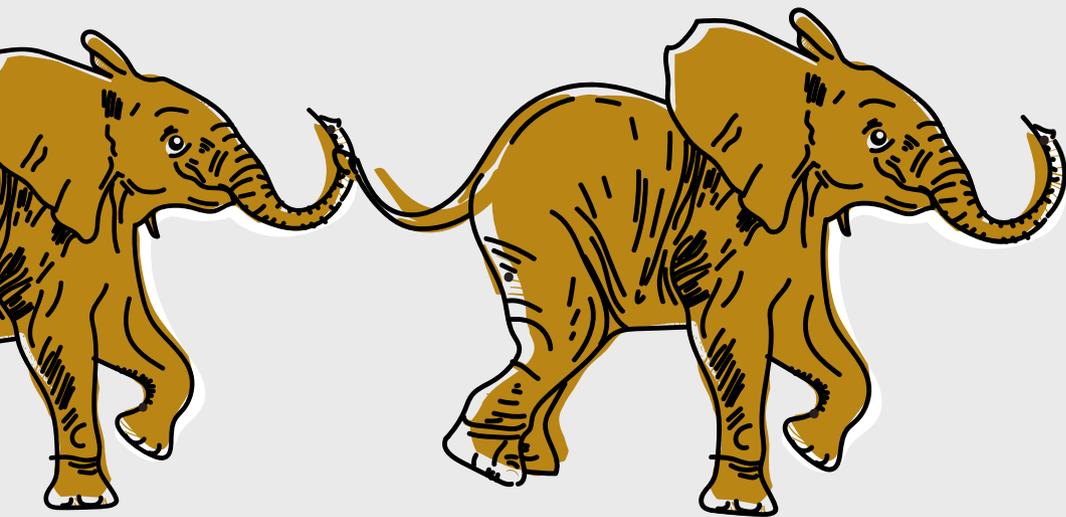
18 In den nächsten Jahren werden knapp 80.000 neue Pflegekräfte benötigt. Doch wo soll das Personal herkommen und wie will man das alles finanzieren? Über eine Branche, die seit Jahren auf der Wartespur steht. Immerhin: Es gibt noch Hoffnung.

STARKE STIMMEN FÜR MEHR FAIRNESS

42 Steigender Druck, unfaire Bezahlung, massive Überstunden, keine Sicherheit. Viele sagen: „Mir reicht’s!“ Corona hat wieder bewiesen: Mitbestimmung im Betrieb ist das A und O. Wie sich Betriebsräte jetzt erst recht für bessere Bedingungen engagieren.

Message in a Bottle	6
Über die minderheitenfeindliche Politik der ÖVP	
Nicht Gnade, sondern Recht	12
Vom Wohlfahrtsstaat und Mitspracherecht	
Wie sehen die Menschen in Österreich den Sozialstaat	15
Die „große Frage“ beantwortet von Julia Hofmann	
Verteilungsgerechtigkeit als Kernfrage	21
Ein Expert*innenbeitrag auf dem A&W-Blog	
Im Namen des Pensionssystems	22
Wieso Corona besonders die Frauenpensionen trifft	
Sozialstaat und das Glück	24
Wo steht Österreich im sozialen Glücks-Ranking?	
Rettungsanker für den Notfall?	26
Eine Wissenschaftlerin und eine Ex-Politikerin im Interview	
Von Revo- und Evolutionen	32
Die Versprechen des Bedingungslosen Grundeinkommens	
Wohnen als Menschenrecht	34
Wie Obdachlosigkeit in Zukunft abgeschafft werden soll	
Oft prekär und selten sichtbar	36
Eine Reportage aus der Reinigungsbranche	
Wohlstand durch Wachstum?	40
Ein bisschen ökologische Kosmetik wird nicht reichen	
Der Sozialstaat – das sind wir alle	46
Das letzte Wort hat AK-Präsidentin Renate Anderl	





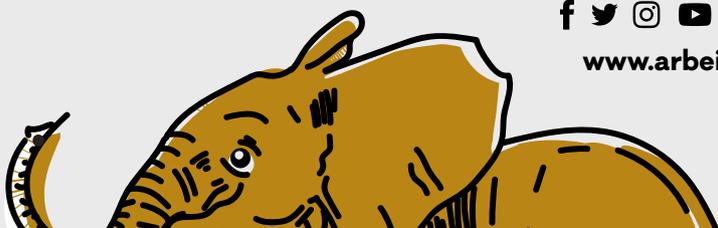
Arbeit&Wirtschaft Abonnement

Reihen auch Sie sich ein – und abonnieren Sie die Arbeit&Wirtschaft. Wir liefern Hintergründe zu Politik, Arbeitswelt sowie Wirtschaft aus dem In- und Ausland. Unser Magazin erscheint **zehn Mal im Jahr** und kostet im **Jahresabonnement 20 Euro** – für Lehrlinge, Student*innen und Pensionist*innen gibt es Ermäßigungen.

Denn die Wirtschaft, das sind wir alle.

www.arbeit-wirtschaft.at/abo

f t i y /AundWMagazin
www.arbeit-wirtschaft.at



Message in a Bottle

„Eigenverantwortung statt Sozialstaat“ lautet das Dogma der ÖVP seit mehr als zwei Jahrzehnten. Das äußert sich in einer minderheitenfeindlichen Politik – und im Bild der „Karrierefrau“.

TEXT JOHANNES GRESS



Jeder ist seines Glückes Schmied. Ein netter Spruch irgendwie. Optimistisch und zudem simpel. Jede*r kann es schaffen. Solange sie oder er sich nur genügend anstrengt. Dann lässt sich so ein Glück hinbiegen, wie es einem eben grad beliebt. Die Kehrseite: Wer das nicht schafft, ist demnach selbst schuld. Hat sich eben nicht genug angestrengt. Gesamtgesellschaftlich ist das bedenklich, mag zwar jede*r seines oder ihres Glückes Schmied sein – nur hat nicht jede*r das Glück und die Begabung, Schmied*in zu sein. Und nicht jede*r genießt das Privileg, in eine Handwerksfamilie geboren zu werden.

Womit wir – nach einem kurzen Ausflug in die Welt des traditionellen Handwerks – bei der türkisen Sozialpolitik angelangt wären. Die Angriffe der ÖVP auf den Sozialstaat der vergangenen Jahrzehnte sind ideologisch ummantelt vom Bild des sich selbst verwirklichenden Individuums, vom Dogma des individuellen Strebens nach Glück. In der türkisen Erzählung ist der (Sozial-)Staat dem Schmied dabei nur lästig. Was in dieser Erzählung bewusst ausgeblendet wird: Hierzulande kann es zwar jede*r schaffen – aber längst nicht alle. Und dass es viele nicht schaffen, ist weniger Kollateralschaden als vielmehr essenzieller Bestandteil türkiser Politik.

Denn die massive Umverteilung von unten nach oben, die gesellschaftlichen Spannungen, die dadurch entstehen, müssen ideologisch imprägniert werden: Wer nicht mithält, ist selbst schuld. Und schuld sind vor allem die „anderen“. Das war nicht nur unter Türkis-Blau so, daran hat sich auch im Verbund mit den Grünen nur zum Teil etwas geändert.

Von der Wiege bis zur Bahre

Emmerich Tálos, emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Universität Wien, setzt sich seit Jahrzehnten mit dem österreichischen Sozialstaat auseinander. Dieser war mit der Zeit stets Veränderungen unterworfen. In der Nachkriegszeit, bis in die 1980er-Jahre, erlebte der Sozialstaat hierzulande seine „Blütezeit“, erklärt Tálos. Während dieser Phase – Jahrzehnte üppigen Wirtschaftswachstums, steigender Löhne und geringer Arbeitslosigkeit – erfuhr der Sozialstaat eine enorme Ausweitung.

„Und nie“, betont Tálos, „waren sozialstaatliche Leistungen lediglich für ‚Schwache‘ vorgesehen.“ Bildung, Pflege, soziale Sicherungsnetze und Pensionszahlungen waren stets Leistungen, von denen die Gesellschaft als Ganze profitierte, egal ob Arm, ob Reich, Staatsbürger*in oder nicht. Ein solches Modell sei nicht zuletzt Anreiz für internationale Unternehmen gewesen, sich in Österreich anzusiedeln, betont Tálos.

Der Sozialstaat begleitet einen in Österreich quasi von der Wiege bis zur Bahre: vom Eltern-Kind-Pass und Kinderbetreuungsgeld über Elementar- und weiterführende Bildung, Kollektivverträge und betriebliche Mitbestimmung bis hin zu Pension, stationärer Pflege und Hinterbliebenenschutz.

Spätestens mit Beginn der 2000er, unter Schwarz-Blau I, sollte der Sozialstaat einen grundlegenden Wandel erfahren, so Tálos. Gemäß der neoliberalen Ideologie „galt der Staat nicht mehr als Problemlöser, sondern -verursacher“. Der „Markt“, ein abstraktes und ebenso volatiles Gleichgewicht aus Angebot und Nachfrage, sollte von nun an gesellschaftliche Ungleichgewichte bereinigen.

Ein Unterfangen mit mäßigem Erfolg, und eines, das die im Dezember 2017 angelobte türkis-blaue Regierung in vielerlei Hinsicht zu radikalisieren versuchte. War im Regierungsprogramm noch von einer „Prüfung“ der von Rot-Schwarz verabschiedeten „Aktion 20.000“ die Rede, wurde das Beschäftigungsprogramm für Langzeitarbeitslose über 50 Jahren noch im ersten türkis-blauen Regierungsmonat auf Eis gelegt. Die Umgestaltung der von da an als „Sozialhilfe“ betitelten Mindestsicherung sah laut Regierungsprogramm vor, „verstärkte Arbeitsanreize zu setzen“ und die „missbräuchliche Verwendung von Mindestsicherungsleistungen streng zu kontrollieren und zu sanktionieren“. Verstoßen Bezieher*innen gegen ihre „Arbeits- und Teilhabepflichten“, drohen Kürzungen oder die „vollständige Sperre“ der Bezüge.

Kürzt die Politik Leistungen für Arbeitslose oder senkt sie die Kriterien für Anstellungen, die als „zumutbar“ gelten, erhöhe das im Gegenzug den Druck auf Erwerbsarbeitslose, einen, irgendeinen Job anzunehmen, erläutert Katharina Bohnenberger, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozioökonomie der Universität Duisburg-Essen. Für Unternehmen hingegen bestehe dadurch weniger Anreiz, Arbeitsbedingungen zu verbessern oder Löhne anzuheben.

Offenes Ohr fürs Kapital

Nach der Abschaffung der „Aktion 20.000“ und der Reform der Mindestsicherung folgte der nächste Streich von ÖVP und FPÖ auf dem Fuß. Trotz massiver Proteste – in Wien demonstrierten mitunter über 100.000 Menschen – verabschiedete die Kurz-Strat-

*„Die Außerkraftsetzung des über Jahrhunderte hart erkämpften 8-Stunden-Tages und der Reduktion der Wochenarbeitszeit bedeutet einen großen strategischen Verlust für die Arbeiter*innenbewegung.“*

Gabriele Michalitsch,
Politikwissenschaftlerin an der Universität Wien



che-Koalition mit den Stimmen der NEOS am 5. Juli 2018 die Novelle des Arbeitszeitgesetzes, des Arbeitsruhegesetzes und des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes. Bis zu 12 Stunden pro Tag und 60 pro Woche dürfen Lohnabhängige seither arbeiten. Die tägliche Ruhezeit kann seither allen voran in Gastronomie und Beherbergung bei Bedarf von elf auf acht Stunden verkürzt werden. Argumentiert wurde die Reform mit Verweis auf die unternehmerische Flexibilität und die damit verbundene Wettbewerbsfähigkeit Österreichs im internationalen Vergleich.

Derlei Reformen, kritisiert Tólos, erfolgten ohne Einbindung der Arbeitnehmervertreter*innen – während Kapitalinteressen in den Reihen von ÖVP und FPÖ sehr wohl auf offene Ohren stießen. Gabriele Michalitsch, Politikwissenschaftlerin an der Universität Wien, sieht in der Reform des Arbeitszeitgesetzes einen „Rückschritt ins 19. Jahrhundert“. Die Außerkraftsetzung des über Jahrhunderte hart erkämpften 8-Stunden-Tages und der Reduktion der Wochenarbeitszeit bedeute einen „großen strategischen Verlust für die Arbeiter*innenbewegung“.

Ein weiteres zentrales „Leuchtturmprojekt“ von ÖVP und FPÖ war der Umbau der Sozialversicherungsträger. Aus den bisher 22 Trägereinheiten sollten fünf werden – um Kosten zu sparen, wie es offiziell hieß. „Aber insgesamt wurde diese Reform verwendet, um Führungspersonal durch Gewährsleute der ÖVP auszutauschen, den Sozialversicherungsanstalten Mittel zu entziehen und die Stellung der Arbeitnehmer*innen in den Verwaltungsräten zu schwächen“, erklärt Wolfgang Panhölzl, Referent für Organisation und Finanzierung der Sozialversicherung der AK Wien. Insgesamt war der Umbau eine einzige „Mogelpackung“, denn die versprochenen Leistungsverbesserungen für die ASVG-Versicherten sind bis dato nicht umgesetzt. „Im Gegenteil, sie wurden vom Dachverbandsvorsitzenden Peter Lehner abgesagt, die ÖGK ist durch die Fusionierung ins Strudeln gekommen – da läuft noch vieles sehr unrund.“

Nicht zuletzt können mit der als „paritätisch“ bezeichneten Besetzung der Verwaltungsgremien nunmehr 100.000 Wirtschaftstreibende über die Gesundheitsversorgung von 3,6 Millionen Lohnabhängigen entscheiden, kritisiert Panhölzl.

Gegen die eigenen Interessen

Wenn sich politische Philosoph*innen und Theoretiker*innen in den vergangenen Jahrhunderten den Kopf über Macht und Herrschaft zerbrachen, stimmten sie – trotz anderweitiger erheblicher Differenzen – stets in einem Punkt überein: Eine der grundlegenden Herausforderungen politischer Herrschaft bestehe darin, das Interesse einer (herrschenden) Minderheit ideologisch so zu verpacken, dass es als das Interesse aller erscheint. Anders formuliert: Die Mehrheit muss „konsensual“ gegen ihre eigenen Interessen und für ihre eigene Ausbeutung und Unterdrückung stimmen.

*„Diese Reform wurde verwendet,
um Führungspersonal durch Gewährsleute
der ÖVP auszutauschen ...“*

Wolfgang Panhölzl, AK Wien

Sündenböcke

Mit Blick auf die türkische Sozialpolitik bildet die Rede von der „Selbstverantwortung“ ein „Kernstück neoliberaler Ideologie“, erklärt Politikwissenschaftlerin Michalitsch. Auch wenn die Realität augenscheinlich anders aussieht, werde dabei eine (Chancen-) Gleichheit aller unterstellt – ohne Berücksichtigung gesellschaft-

licher Rahmenbedingungen, wie Bildungschancen, Einkommen und Vermögen, Geschlecht oder ethnische Zuschreibung. Um die durch den Abbau des Sozialstaats und die Privatisierung sämtlicher sozialer Bereiche, wie Gesundheit, Altersvorsorge oder Wohnen, hervorgerufenen sozialen Spannungen abzufedern, forcieren die Regierung gleichzeitig eine „Homogenisierung nach innen“: Die durch die ungleichen sozialen Verhältnisse hervorgerufenen negativen Emotionen müssen kanalisiert werden, auf Migrant*innen und Flüchtlinge, auf vermeintlich faule Arbeitslose, auf Sündenböcke. Auf jene, die sich angeblich nicht genug anstrengen und somit den Lauf der Dinge gefährden würden. Verantwortlich für das eigene (Un-)Glück ist immerzu das Individuum selbst, während strukturelle Faktoren verleugnet werden.

Im türkis-blauen Regierungsprogramm „Zusammen. Für unser Österreich“ liest sich das dann so: Da der Sozialstaat infolge „unkontrollierter Zuwanderungswellen an die Grenzen seiner Belastbarkeit gelangt“ sei, seien Kürzungen unumgänglich. „Zuwanderung in den Sozialstaat“ müsse unterbunden, das „Anreizsystem für die Zuwanderung von nichtösterreichischen Staatsbürgern“, vulgo sozialstaatliche Leistungen, minimiert werden. Prinzipiell sei ein Sozialstaat lediglich „für Menschen in schwierigen Situationen, nicht aber als ein bedingungsloses Grundeinkommen“ gedacht. Neben einer Kürzung der Leistungen für Asyl- und Schutzberechtigte fand sich auch eine verpflichtende „Beratung zur Rückmeldung“ im Koalitionsabkommen.

Vom Herd in die Vorstandsetage

Auf leiseren Sohlen ging der Kurswechsel in puncto Frauenpolitik und damit verbundenen Geschlechterrollen vonstatten. In diesem Bereich komme es zu einer Vermischung konservativer und neoliberaler Elemente, erklärt Michalitsch. Denn – anders als vielleicht zu erwarten – besteht die Frauenpolitik der ÖVP nicht in der Vorstellung sogenannter traditioneller Geschlechterrollen à la „der Mann in der Fabrik, die Frau am Herd“. Das wäre heute schon in finanzieller Hinsicht nicht mehr durchführbar, weil ein Einkommen pro Familie vielfach nicht reicht.

„Die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt wird von Neoliberalen durchaus propagiert“, betont die Politikwissenschaftlerin. Dabei werde ein Bild der emanzipierten Karrierefrau gezeichnet, die sich durchbeißt, ihr eigenes Glück schmiedet, ganz ohne Frauenquote und frei von staatlicher Unterstützung. Ein Trugbild, das als „Legitimationsfigur sozialer Herrschaft“ diene, so Michalitsch. Indem sogenannte „Karrierefrauen“ bewusst ins grelle Licht der Öffentlichkeit gerückt werden, sollen strukturelle Ausschlusskriterien unsichtbar gemacht werden – nach dem Motto: Schau nur, jede kann es schaffen! Eine im Grunde zutiefst „antifeministische“ Figur, kritisiert Michalitsch, weil dadurch nur real bestehende Ungleichheiten, Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse kaschiert werden.



Der Umbau der Sozialversicherungsträger durch Schwarz-Blau sei eine einzige „Mogelpackung“ gewesen, kritisiert AK-Experte Wolfgang Panhölzl.

Laut Sybille Pirklbauer, Referentin für Sozialpolitik der AK Wien, kann die türkis-blaue Frauenpolitik zwar keineswegs als „progressiv“ bezeichnet werden, sie könne darin aber auch keinen „echten Backlash“ erkennen. Einerseits wurden während der ÖVP-FPÖ-Regierung Mittel aus dem Frauenbudget hin zu konservativen Initiativen verlagert, und es wurde versucht, die Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuung zu kürzen – was nach heftigen Protesten wieder zurückgenommen wurde. Andererseits führte selbst die FPÖ die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Wahlprogramm. Für Pirklbauer bleibt wichtig zu betonen, dass es keinerlei frauenpolitische Fortschritte gibt und die bestehenden Benachteiligungen weiter bestehen bleiben.

Arbeitslos oder in Schulungen Juli 2021

AMS O8/2021





Eine unsanfte Bankrotterklärung

Auch Pirklbauer sieht im Bild der Karrierefrau den zentralen Baustein des türkisen „Leistungsfetischismus“. Doch diese ideologisch verklärte Figur sei nicht nur in der Frauenpolitik anzutreffen, sondern ebenso in der Bildungs- oder Arbeitsmarktpolitik: Der Rückbau staatlicher Sicherungsnetze und Umverteilungsmechanismen wird mit Verweis auf die Eigenverantwortung des Individuums legitimiert.

Bürger*innen, das sind in der ÖVP-Rhetorik zuvorderst Individuen und eine Gesellschaft die Summe ebendieser. Dass in einem solchen Gesellschaftsentwurf wenig Platz für Zwischenmenschliches, für Solidarität bleibt, versteht sich von selbst.

Seit die ÖVP mit den Grünen regiert, habe sich zumindest rhetorisch einiges verändert, beobachtet Politikwissenschaftler Tälös. Diverse Forderungen aus dem türkisen Wahlprogramm, etwa die Abschaffung der Notstandshilfe, haben es nicht ins türkis-grüne Regierungsprogramm geschafft. Außerdem werden Vertreter*innen der Arbeitnehmer*innen wieder vermehrt in politische Entscheidungsprozesse miteingebunden. Kritisch betrachtet Tälös, dass die Grünen augenscheinlich sogar solche Maßnahmen mittragen, die sie als Oppositionspartei klar ablehnten, und dass sie im Regierungsübereinkommen wenige eigene soziale Inhalte verankern konnten.

Es kann jede*n treffen

Dass sich ÖVP und Gewerkschaften in jüngster Vergangenheit zumindest rhetorisch wieder etwas annäherten, daran dürfte auch die Corona-Pandemie ihren Anteil haben. In den vergangenen einhalb Jahren wurde die von der ÖVP viel beschworene „Eigenverantwortung“ in vielerlei Hinsicht unsanft widerlegt. Selten zuvor wurde derart deutlich, dass es möglicherweise jede*r schaffen, aber es genauso gut jede*n treffen kann.

Selbst junge, gesunde Menschen waren um jene Spitalsbetten froh, die es vor Kurzem noch aus Effizienzgründen zu streichen galt. Selbst die erfolgreichsten Unternehmer*innen und die toughesten „Karrierefrauen“ standen von einem Tag auf den anderen vor einem Scherbenhaufen. Plötzlich musste auch die ÖVP eingestehen, dass ein Sozialstaat nicht nur für jene da ist, die aus „Eigenverschulden“ in eine missliche Lage geraten waren. Jetzt, da sich eine wirtschaftliche Erholung abzuzeichnen scheint, bestehe die Gefahr, dass sich ebendiese Kompromissbereitschaft zügig wieder verflüchtigt, warnt Tälös.

Arbeitslosigkeit bekämpfen

Wie sämtliche Krisen zuvor, erklärt AK-Expertin Pirklbauer, habe auch die jüngste Wirtschaftskrise zu einer Erhöhung der „Sockelarbeitslosigkeit“ geführt. Mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik und gezielten Investitionen in Sozial- und Pflegebereich sowie in den Umweltschutz müsse es nun zuvorderst darum gehen, „Arbeitslosigkeit und nicht die Arbeitslosen zu bekämpfen“. Pirklbauer fordert staatlich finanzierte Qualifizierungsprogramme für Langzeitarbeitslose und für Beschäftigte, deren Jobs angesichts der sich drastisch zuspitzenden ökologischen Krise über kurz oder lang wegfallen werden. Mittels Investitionen in den Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes, in erneuerbare Energien oder in thermische Sanierungen könnten sowohl Arbeitsplätze geschaffen als auch der Umweltschutz forciert werden. Statt den Druck auf Arbeitslose beständig zu erhöhen, schlägt auch Bohnenberger von der Universität Duisburg-Essen vor, die vorhandene Erwerbsarbeit fairer zu verteilen, ergo die durchschnittliche Arbeitszeit zu verkürzen. Gerade in der jüngeren Generation sei der Wunsch nach kürzeren Erwerbsarbeitszeiten zunehmend deutlicher vernehmbar.



Die Frauenpolitik der ÖVP zeichne sich durch eine Vermischung konservativer und neoliberaler Elemente aus, konstatiert Politikwissenschaftlerin Gabriele Michalitsch.

Wer soll das bezahlen?

Am Ende steht wie so oft die Frage: Wer soll das bezahlen? Ökologische Transformationsprozesse sowie die Rehabilitation und der Ausbau sozialstaatlicher Leistungen sind nicht nur notwendig, sondern ebenso kostspielig.

Die Frage der Finanzierung einer Arbeitszeitverkürzung sei auch eine Gerechtigkeitsfrage, betont Bohnenberger. Eine Reduktion der Arbeitszeit dürfe gerade für Geringverdiener*innen keine Einkommenseinbußen nach sich ziehen. Eine Angleichung der Löhne hält Bohnenberger daher für essenziell – neben einem Mindest- brauche es auch ein Maximaleinkommen, das höchstens das Fünffache beträgt.

Für Emmerich Tálos könnte „die Einführung einer Vermögens- und einer Erbschaftssteuer den Handlungsspielraum des Staates diesbezüglich enorm erweitern“. Doch das allein werde nicht reichen. Langfristig brauche es eine Änderung des „Finanzierungsmodus“. Statt wie bisher für den Dienstgeberbeitrag lediglich einen Faktor der Wertschöpfung, nämlich die Lohn- und Gehaltssumme, als Basis zu verwenden, sollte die Beitragsgrundlage auch auf andere Faktoren, wie Gewinne, Zinsen, Mieten und Pachten, ausgedehnt werden. „Um den derzeitigen Herausforderungen im Bereich der Arbeitslosigkeit, der Gesundheit und der Pflege gewachsen zu sein, ist es unumgänglich, die Finanzierungsfrage anzugehen – ohne diese Änderungen wird es schwer werden, einen gut ausgebauten Sozialstaat aufrechtzuerhalten“, betont Tálos.

Letztlich muss es also darum gehen, das soziale Gefüge weniger als Summe von Individuen zu begreifen, sondern als sozialen Verbund, der auf dem Sockel gegenseitiger Solidarität erwächst und von einem handlungsfähigen, weil gut finanzierten (Sozial-)Staat zusammengehalten wird. So nämlich, dass am Ende nicht jede*r zwangsweise zum bzw. zur Schmied*in werden muss. ▀

DREI AKTUELLE FAKTEN ZUM SOZIALSTAAT

1 / Kriseninstrument Kurzarbeit

Laut AMS-Vorstand Herbert Buchinger bearbeitete seine Behörde im April vergangenen Jahres bis zu 3.700 Anträge pro Tag. Österreich brachte es so zwischenzeitlich auf 1,3 Millionen Kurzarbeiter*innen, rund ein Drittel aller Lohnabhängigen. EU-weit waren zeitweise 42 Millionen Menschen bzw. ein Viertel aller Beschäftigten in Kurzarbeit. Mit Juni 2021 sind hierzulande nach wie vor 296.000 Personen zur Kurzarbeit angemeldet, 360.000 sind ohne Erwerbsarbeit oder in Schulungen. Österreich kam mit dem Kriseninstrument Kurzarbeit dadurch nachweislich besser durch die Krise.

2 / Sozialstaat gewann während Krise noch einmal an Attraktivität

Laut einer Erhebung des Instituts für Höhere Studien (IHS) ist das Vertrauen in den österreichischen Sozialstaat seit Beginn der Corona-Pandemie noch einmal gewachsen. So wünschen sich acht von zehn Befragten einen starken Sozialstaat, der sozialen Ausgleich ermöglicht. Insgesamt stehen Frauen einem Ausbau des Sozialstaats positiver gegenüber als Männer. Im internationalen Vergleich befürworten in Österreich lebende Menschen einen Sozialstaat, der aktiv gegen Einkommensunterschiede vorgeht – deutlich mehr als in anderen Ländern.

3 / Investitionshemmnis Sozialstaat?

Anders als vielfach behauptet war der österreichische Sozialstaat für internationale Unternehmen in der Vergangenheit kein Grund, sich gegen eine Investition in der Alpenrepublik zu entscheiden. Wie die Arbeiten von Politikwissenschaftler Emmerich Tálos zeigen, war die im internationalen Vergleich aktive Sozialpolitik für ausländische Unternehmen oft Anreiz, sich in Österreich niederzulassen. Als Grund dafür gaben Unternehmen an, dass die Risiken für Investitionen besser kalkulierbar seien.

Nicht Gnade, sondern Recht

Der Sozialstaat gibt den Menschen, die in seinem Bereich leben, statt Almosen Rechte und Chancen und beschränkt die Demokratie nicht auf das Parlament. Das stellte immer schon die Machtverhältnisse infrage und führte zu Gegenwind.

TEXT BRIGITTE PELLAR

In der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre nahm der Kabarettist Josef Hader die neue politische Konjunktur gegen den Sozialstaat aufs Korn. Er ätzte: „Regierungserklärung. Es geht nicht darum, das Sozialsystem auszuhebeln, man muss es nur vor denen schützen, die es in Anspruch nehmen.“ Er spielte damit auf die „Sozialschmarotzer“-Kampagne an, die Boulevardmedien und populistische Politiker*innen losgetreten hatten. Sie bereiteten die Stimmung für jene auf, die den Sozialstaat als „soziale Hängematte“ diffamierten, die lästigen Gewerkschaften loswerden und den Aufschwung nach der aktuellen Wirtschaftskrise durch „Sparen am System“ erreichen wollten.

Haders Text findet sich im Katalog zu einer Wanderausstellung der Wiener Arbeiterkammer, die 1898 auf Reisen geschickt wurde und unter dem Titel „Nicht Gnade, sondern Recht“ einen Überblick über die „Sozialpolitik seit 1848 im Spiegel von Kunst, Kultur und Medien“ bot. Im Vorwort des Katalogs schrieb AK-Präsident Heinz Vogler, man könne aus ihr lernen, „dass weder autoritäre Strukturen noch das Verweisen der sozialen Problematik in den Gewissensbereich dazu geeignet sind, jedem Menschen ein würdiges Dasein und dadurch eine stabile Gesellschaft zu garantieren.“

Heinz Vogler knüpfte damit an die Feststellung von Bundespräsident Karl Renner beim ersten Kongress des Österreichischen Gewerkschaftsbunds 1948 an, als dieser drei Jahre nach der Niederlage des Nationalsozialismus daran erinnerte, dass sich der NS-Staat „in marktschreierischer Weise“ als Sozialstaat verkaufte, um „darüber hinwegzutäuschen, dass er aufgehört hatte, Rechtsstaat zu sein“. Von diesem Beispiel ausgehend, erklärte er den Unterschied zwischen Wohlfahrtsstaat und Sozialstaat: „Es wäre ... eine viel zu enge Auffassung des Begriffes ‚Sozialstaat‘, wenn man sich vorstellte, dass die Einrichtung einer obrigkeitstaatlichen Vormundschaftsverwaltung in der Form des Schutzes der Schwachen, Leidenden und Erwerbslosen ausreiche, dem Staate diese Bezeichnung zuzuerkennen. ... Sozial heißt gesellschaftlich und die Idee ... ist, die Gesellschaft selbst in allen ihren Gliederungen auf der Grundlage ihrer freien Entschließung zu organisieren.“



Gewerkschafter*innen bei einer Demonstration gegen ungerechte Politik im Kampf gegen die Folgen der Weltwirtschaftskrise von 2008. Sozialstaat braucht eine Umverteilung von oben nach unten.

Mitsprache und Beteiligung

Übersetzt in die Sprache des 21. Jahrhunderts: Der Wohlfahrtsstaat ist auch in einer Diktatur möglich, der Sozialstaat hat immer Demokratie als Voraussetzung und weitet demokratische Mitbestimmung und Kontrolle im Idealfall in alle Bereiche der Gesellschaft, besonders auch in die Wirtschaft aus. Im Sozialstaat ist „gutes Leben“, zu dem auch die Möglichkeit der Mitsprache und Beteiligung gehört, ein Rechtsanspruch aller Menschen, die in dieser Gesellschaft leben. Deshalb war das Herauslösen der Kompetenzen für Arbeitsmarkt und Arbeitsrecht aus dem Sozialministerium durch die derzeitige Bundesregierung keine harmlose Änderung, damit sich ein*e Politiker*in mehr Minister*in nennen darf, sondern eine sehr bewusste Absage an den Sozialstaat.

Ein weiteres Beispiel aus jüngster Zeit ist der Umbau der Selbstverwaltung in der Krankenversicherung, der den Vertreter*innen der Versicherten die Mehrheit und damit die Entscheidung über den Einsatz der Mittel wegnahm. Diese Mehrheit hatten sie mit Ausnahme der NS-Herrschaft seit 1927. Damals wollte die rechtskonservative Regierung die Gebietskrankenkassen anstelle des bisher bestehenden Durcheinanders von Krankenkassen vieler unterschiedlicher Trägerorganisationen einführen. Dazu brauchte sie die Zweidrittelmehrheit und damit die Stimmen der Opposition. Weil das sinnvoll war, stimmte die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ unter der Bedingung zu, dass die Versichertenvertreter*innen die bestimmende Mehrheit in der Selbstverwaltung bekommen müssten, weil sie ja bisher in den eigenen „Arbeiterkrankenkassen“ allein entschieden hatten.

In Österreich begann der Weg in den Sozialstaat mit der Gründung der demokratischen Republik 1918, die die kaiserliche Kriegsdiktatur ablöste.

„Sozialer Schutz“

Es war der letzte bedeutende sozialpolitische Fortschritt in Österreich zwischen den beiden Weltkriegen, bevor das Wegräumen des „sozialen Schutts“, wie Bundeskanzler Ignaz Seipel den Abbau des Sozialstaats nannte, massiv einsetzte, was Österreich beim Kampf gegen die Folgen der Weltwirtschaftskrise ins Hintertreffen geraten ließ.

Ständige Bedrohung

Wenn man in die Geschichte zurückschaut, stellt sich nicht nur in diesem Fall die Frage: Warum ruft der Sozialstaat so viel Gegnerschaft hervor? Warum wird sein Ausbau immer gerade dann ge-

stoppt, wenn er beginnt, das Zusammenleben in der Gesellschaft tatsächlich etwas fairer zu gestalten? Das betraf während des ganzen 20. Jahrhunderts keineswegs nur Österreich, es betraf viele Staaten Europas und die USA. In Österreich begann der Weg in den Sozialstaat mit der Gründung der demokratischen Republik 1918, die die kaiserliche Kriegsdiktatur ablöste. Er dauerte nicht länger als gute zwei Jahre und brachte die ersten sozialpolitischen Meilensteine von Betriebsräten und Arbeiterkammern bis zum 8-Stunden-Tag, dem Arbeiterurlaub und einer Krankenversicherung für (fast) alle Arbeitnehmer*innen einschließlich der Landarbeiter*innen, die damals über 50 Prozent aller unselbstständig Erwerbstätigen stellten, aber bisher vom „Arbeiterschutz“ völlig ausgeschlossen gewesen waren. Der Gewerkschafter Ferdinand Hanusch war der zuständige Staatssekretär für soziale Verwaltung und leitete danach, als die Sozialdemokratie in Opposition ging, den Aufbau der Arbeiterkammern. Aus seinem Grundsatzartikel „Volkswirtschaft und Sozialpolitik“ in der ersten Ausgabe von „Arbeit&Wirtschaft“ im Jänner 1923 lässt sich die entscheidende Ursache dafür herauslesen, dass der Ausbau des Sozialstaats immer wieder gestoppt wurde: Wenn er funktioniert, stellt er die „freie Marktwirtschaft“ des Kapitalismus infrage, weil er beweist, wie die Teilnehmer*innen am Weltsocialforum formuliert haben, dass „eine andere Welt möglich“ ist.

Dass es sich trotz aller Rückschläge lohnt, nicht aufzugeben, zeigt eine kürzlich auch auf Social Media verbreitete Auswertung des Momentum-Instituts: Ohne die Umverteilung durch Sozialleistungen wären in Österreich 1,4 Millionen Menschen armutsgefährdet, so sind es 40 Prozent weniger. ▀



Plakat zum zweiten ÖGB-Bundeskongress 1951. Sozialstaat bedeutet auch ein Mehr an Demokratie.

Wie sehen die Menschen in Österreich den Sozialstaat?

Spätestens seit der Corona-Pandemie erlebt der Sozialstaat in der öffentlichen Debatte ein Revival. Das nehmen auch die in Österreich lebenden Menschen so wahr: Rund 65 Prozent waren im Jänner 2021 der Ansicht, dass der Sozialstaat in der Corona-Pandemie (etwas) wichtiger geworden ist.

Doch auch schon vor der COVID-19-Krise waren die in Österreich lebenden Menschen große „Fans“ sozialstaatlicher Leistungen: 2017 wünschten sich rund 90 Prozent eine Ausweitung des

Sozialstaates. Die überwiegende Mehrheit ist der Ansicht, dass der Sozialstaat für mehr Gleichheit in der Gesellschaft sorgt, und fühlt sich im Fall von Krankheit, Pflegebedürftigkeit oder im Alter gut abgesichert. Ausgebaut werden sollten nach Meinung der in Österreich lebenden Menschen vor allem die Bereiche „Bildung und Kinderbetreuung“, „Gesundheit und Pflege“ sowie „Klima und Umweltschutz“. Der Ausbau sollte durch eine höhere Besteuerung von großen Vermögen und Unternehmen finanziert werden.



JULIA HOFMANN

REFERENTIN FÜR SOZIALE UNGLEICHHEIT IN DER AK WIEN

Deutscher Klassenkrampf



Während Österreich bei seinem Sozialstaat für klare Verhältnisse sorgt, kämpft der deutsche mit Ausnahmen und Sonderregelungen. Die Folge sind Zwei-Klassen-Systeme und Zukunftssorgen. Ein Vergleich der Nachbarländer.

TEXT CHRISTIAN DOMKE SEIDEL

Es könnte so leicht sein. Mitten in Europa kuscheln sich Deutschland und Österreich aneinander. Staatsbürger*innen des einen Landes ziehen gerne und zahlreich in das jeweils andere. Sprache und Kultur haben mehr Verbindendes als Trennendes, auch wenn alle Beteiligten aus folkloristischen Gründen mehr Wert auf Letzteres legen. Auch in Sachen Wirtschaft gibt es einiges an Gemeinsamkeiten, weswegen gerne jede Zahl aus Österreich einfach mal zehn gerechnet wird, um einen groben Wert für Deutschland zu haben. Das Ergebnis ist oft überraschend präzise.

Beide Demokratien unterhalten einen konservativen Wohlfahrtsstaat (siehe Kasten) und geben laut Eurostat rund 30 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für den Sozialschutz aus (für Sozialleistungen und Verwaltung). Hier beginnen die Unterschiede. Denn Österreicher*innen bekommen für den gleichen Betrag erstaunlich viel mehr Leistungen.

Gesundheitssystem

Am deutlichsten sind die Unterschiede bei der Krankenversicherung. In Österreich sind alle Beschäftigten in der Pflichtversicherung. „In Deutschland gibt es bei der Krankenkasse ein Zwei-Klassen-System. Ab einer bestimmten Einkommenshöhe können sich Beschäftigte privat versichern. Der Rest ist in der Pflichtversicherung“, führt Susanne Wixforth aus. Die Österreicherin ist Referatsleiterin in der Abteilung Internationale und europäische Gewerkschaftspolitik beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und hat lange für die Arbeiterkammer gearbeitet.

Wer privat versichert ist, kriegt schneller Termine beim Arzt und wird umfangreicher behandelt. Auch weil die Ärzte von der privaten Krankenkasse mehr erstattet bekommen. Neben der offensichtlichen Ungleichbehandlung der Versicherten kommt es zu gesellschaftlichen Verwerfungen. „In Deutschland ist es nicht un-

üblich, dass der gut verdienende Mann in der Privatversicherung und die schlecht oder nicht verdienende Frau mit den Kindern in der Pflichtversicherung ist“, so Wixforth.

Bei der Pensionsversicherung hat Deutschland zwei Fehler gemacht. Der erste war, die Beamt*innen nicht in die gemeinsame Kasse einzahlen zu lassen. In Österreich zahlt diese (gut verdienende) Berufsgruppe in die gemeinsame Pensionskasse ein. Das vergrößert die Versichertenbasis enorm, erklärt Wixforth.

Die Arbeitnehmer*innen, die noch einzahlen, würden außerdem immer geringere Beiträge leisten. Das ist der zweite Fehler: „In Deutschland nimmt die prekäre oder atypische Beschäftigung zu. Das ist in Österreich nicht so stark der Fall. In Deutschland ist das seit den Hartz-IV-Reformen so. Die waren insofern ein Erfolg, als dass man sehr viele Leute in den Arbeitsmarkt gebracht hat. Der Nachteil ist, dass es viele atypische Arbeitsverhältnisse sind.“ Wer aber nur auf Stundenbasis für den Mindestlohn arbeitet, der zahlt wenig bis nichts in die Sozialsysteme ein. Und weiter: „Daraus ergibt sich die weit geringere Nettoersatzrate in Deutschland. Die beträgt derzeit 48 Prozent. In Österreich sind es 78 Prozent. In Deutschland ist deswegen Altersarmut ein sehr großes Thema.“

Eine mangelnde Organisation der Arbeiter*innen in Deutschland hat diesen Trend verstärkt. „In Österreich gibt es 98 Prozent Kollektivvertragsabdeckung. In Deutschland nur 49 Prozent. Durch diese beinahe allumfassende Tarifvertragsabdeckung ist in Österreich dafür gesorgt, dass die Löhne nicht so runtergehen wie in Deutschland“, bringt Wixforth das Problem auf den Punkt.

In Österreich verhandeln Wirtschaftskammer und Gewerkschaftsbund Löhne und Arbeitsbedingungen. Das Ergebnis gilt auch für Arbeitnehmer*innen, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind – das nennt sich Außenseiterwirkung. Die gibt es in Deutschland nicht. Wer nicht organisiert ist, profitiert auch nicht von Tarifverträgen. Das System kippte so stark zugunsten der Arbeitgeber, dass



sich die deutsche Bundesregierung 2015 genötigt sah, einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Der liegt unter der Armutsschwelle, aber immerhin über den drei Euro pro Stunde, die vor seiner Einführung in der Fleischzerteilungsindustrie gezahlt wurden.

Was muss sich ändern?

Österreich muss, will es den Sozialstaat weiterhin fit halten, vor allem eine europäische Sicht einnehmen. Ganz direkte Auswirkungen hätte die diskutierte Idee, dass Arbeiter*innen vermehrt privat fürs Alter vorsorgen sollen. „Auf europäischer Ebene gibt es die Ansicht, dass die dritte Säule gestärkt werden muss. Also die Eigenvorsorge. Vor allem für die Pensionsversicherung“, erklärt Wixforth und verweist erneut auf das große Nachbarland. „Das gab es in Deutschland schon einmal. Das war die Riester-Rente. Ein ziemlicher Flop.“ Geld sicher und gleichzeitig rentabel anzulegen sei auf unabsehbare Zeit unmöglich geworden: „Seit der Finanzkrise ist es ein Wahnsinnsproblem, überhaupt Geld zu veranlagen. Pensionsversicherungen haben extreme Probleme, ihre Versprechen einzuhalten. Das ist eine schlummernde Zeitbombe mit den Privatversicherungen.“

Das zweite große europäische Thema ist der Ruf nach Mindeststandards für Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherungen. Von denen könnte Österreich als Land mit starkem Sozialstaat profitieren. „Was wir in Europa sehen, ist ein Wettbewerb der Mitgliedsstaaten darum, wer den Unternehmen die niedrigsten Sozialabgaben bieten kann. Das heißt, dass der Druck nach unten steigt und damit die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme gefährdet ist“, erklärt Wixforth.

Derweil sind die Mängel im deutschen Sozialsystem: Zweiklassen-Gesundheitssystem, zu kleine Basis für die Rentenversicherung und ungleiche Verhandlungsmacht zwischen Unternehmen und Beschäftigten. Hier braucht es lokale Lösungen. ▀

FÜNF TYPEN DES WOHLFAHRTSSTAATES

Der Sozialstaat erfüllt eine Vielzahl an Aufgaben. Er garantiert unter anderem die Bildung seiner Bürger*innen und die medizinische Versorgung. Und das – zumindest in Deutschland und Österreich – unabhängig vom Einkommen. Seine Leistungen werden deswegen auch als das „Vermögen der Mittelschicht“ bezeichnet. Die Bürger*innen kriegen für ihre Steuern und Beiträge entsprechende Leistungen. Doch die sind politisch gewollt nicht überall gleich.

Liberal (z. B.: USA, Kanada): Betont die Rolle des freien Marktes und der Familie. Strenge Anspruchsvoraussetzungen für eher niedrige Sozialleistungen. Die Dekommodifizierung, also der Schutz vor Markteinflüssen (Einkommensausfall, Wirtschaftskrise), ist hier sehr gering, eine Umverteilung findet kaum statt.

Konservativ (z. B.: Deutschland, Österreich): Versicherungsleistung steht im Vordergrund. Starker Zusammenhang zwischen Arbeitsleistung und Leistungsanspruch. Entsprechend ist der Schutz vor Krisen vor allem für die vermeintlichen Leistungsträger hoch. Vermögensumverteilung findet nur in geringem Maße statt.

Sozialdemokratisch (z. B.: Dänemark, Schweden): Durch universale Leistungen wird Gleichheit auf hohem Niveau angestrebt. Finanzierung durch vergleichsweise hohe Steuern. Dekommodifizierung und Umverteilung sind hier am stärksten ausgeprägt.

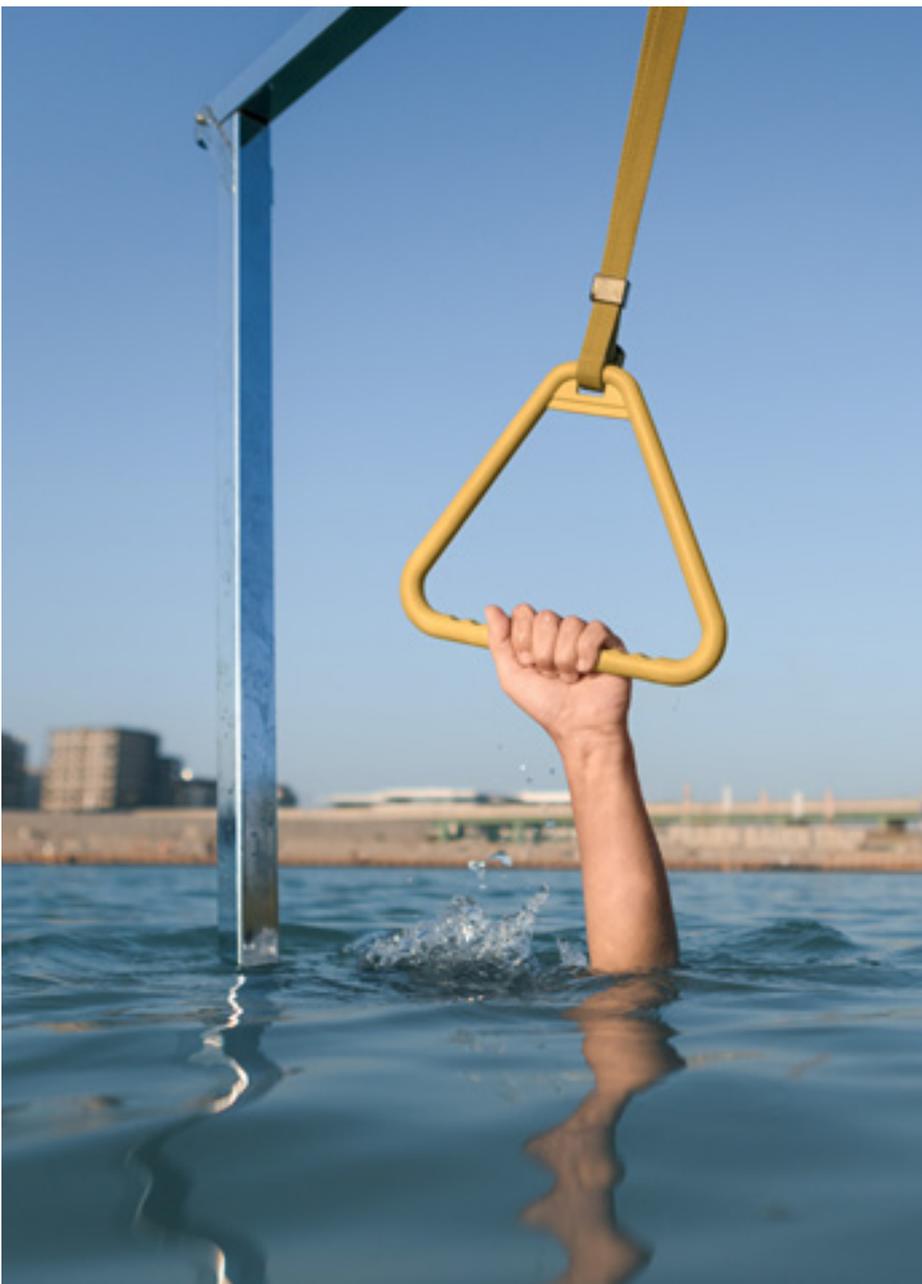
Rudimentär (z. B.: Spanien, Portugal): Oft in Ländern mit hoher Industrialisierung, aber geringem Durchschnittslohn. Das Netz an Sozialleistungen ist nur gering entwickelt, weswegen anderen Gemeinschaften wie der Familie oder der Kirche eine tragende Rolle zukommt.

Postsozialistisch (z. B.: Polen): Dieses Sozialstaatsmodell herrscht vor allem in Ländern Osteuropas vor. Dabei werden Ideen und Prinzipien der erstgenannten Modelle vermischt.

Bitte warten, bitte warten, bitte ...

Was soll aus der Pflege werden? Die Arbeitnehmer*innenvertretungen bevorzugen eine Arbeitsstiftung als Win-win-Situation gegenüber einem Stipendium für fehlende Fachkräfte. Doch Lehre und Anstellung von Angehörigen bleiben umstritten.

TEXT HEIKE HAUSENSTEINER



Der damalige österreichische Regierungschef und seine Familie hatten 2006 eine slowakische Pflegerin engagiert. Sie arbeitete entgegen einer Zeitungsmeldung zwar nicht illegal. Doch die hohen medialen Wellen und persönliche Betroffenheit in der Spitzenpolitik dürften zu dem gesetzgeberischen Versuch geführt haben, die Illegalität von Pfleger*innen vor allem aus den ehemaligen Ostblockländern seit den 1990er-Jahren zu beenden. Mit Juli 2007 trat dann das Hausbetreuungsgesetz (HBeG) in Kraft. Es versuchte, die 24-Stunden-Betreuung zu regeln – wie die Rund-um-die-Uhr-„Pflege“ zu Hause landläufig bezeichnet wird.

Eineinhalb Jahrzehnte später liegt nach wie vor vieles im Argen: Die Personenbetreuer*innen arbeiten als (Schein-)Selbstständige in Österreich, haben kaum Rechte, werden oft finanziell ausgebeutet und auch sexuell missbraucht. Wer daran mitverdient, sind die Wirtschaftskammern – die Betreuer*innen müssen Mitglied werden, sobald sie das Gewerbe der Personenbetreuung ausüben – sowie die mittlerweile fast 1.000 österreichischen Vermittlungsagenturen. Letztere vertreten personell den Fachverband Personenberatung und Personenbetreuung der WKO.

Jede*r braucht sie – aber der Betreuung und Pflege fehlt eine Strukturreform. Nicht

zuletzt die Corona-Pandemie hat offenlegt, wie wichtig diese Säule im Sozialstaat ist: Trotz geschlossener Grenzen ließ Österreich die Betreuer*innen einfliegen. Dass ihnen die Vermittlungsagenturen die Reisepässe abknöpften, konnte erst die Arbeiterkammer abstellen. Erkrankten die (Schein-)Selbstständigen selbst, fahren sie im schlimmsten Fall ohne Bezahlung wieder nach Hause – Krankengeld gibt es für sie ab dem 43. Tag der Krankheit.

Dass 24-Stunden-Betreuung überhaupt als selbstständige Erwerbstätigkeit ausgeführt werden kann, bezweifelt Franjo Markovic von der Abteilung Arbeitsmarkt und Integration der AK Wien. Das sei in den allermeisten Fällen de facto ausgeschlossen. „An der rechtlichen Beurteilung hat sich auch 14 Jahre nach Inkrafttreten des Hausbetreuungsgesetzes nichts geändert.“ Er zitiert eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes (OGH), der in einem Fall bereits vor zehn Jahren zum Schluss kam, dass es sich „zweifelsfrei“ um eine „Arbeitnehmerin“ handelte.

Von den aktuell rund 60.000 offiziell selbstständig tätigen Personenbetreuer*innen in den österreichischen Haushalten stammt etwa die Hälfte aus Rumänien, ein Drittel aus der Slowakei. Viele kommen zudem aus Kroatien, Ungarn, Bulgarien, Polen, Tschechien oder Slowenien – nur zwei Prozent sind aus Österreich. Zahlen von unselbstständig Beschäftigten in der Personenbetreuung sind laut AK nicht bekannt. Die Pflege im angestellten Bereich der Krankenanstalten kann ebenfalls nur dank eines hohen Migrationsanteils sichergestellt werden. Viele pendeln aus den Nachbarländern nach Österreich. Mit Beginn der CO-

VID-19-Pandemie haben viele Pflegekräfte ihren Job aufgegeben. Auch aus den Krankenpflegeschulen ist von einer auffallend hohen Drop-out-Rate zu hören. Zu allem Überfluss wurde aus dem von den Arbeitnehmervertreter*innen geforderten „Corona-Tausender“ nur ein „Corona-500er“ – und das nicht einmal für alle im Gesundheits- und Pflegebereich. Was also tun in einer schon bisher eng besetzten Branche, damit sie nicht gänzlich zusammenbricht? Geht es nach den Plänen der türkis-grünen Bundesregierung, soll das sogenannte Fachkräftestipendium (FKS) für Bereiche, in denen Fachkräfte fehlen, auf die Gesundheits- und Krankenpflege ausgeweitet werden – was auch einer lang gehegten Forderung der Arbeiterkammer entspricht. Das gilt allerdings nur für jene mit niedrigerer Qualifikation als Pflegeassistent*in oder Pflegefachassistent*in (zwei bzw. drei Jahre Ausbildung). Jenen, die sich in der gehobenen Pflege mit Studium ausbilden lassen (Diplomkrankenschwester*innen), bleibt diese Ausbildungsförderung durch das Arbeitsmarktservice (AMS) verwehrt – sehr zum Missfallen der Arbeitnehmer*innenvertretungen.

Das Problem

„Die Gesundheits- und Krankenpflegeschulen laufen mit Ende 2023 aus“, erklärt Silvia Rosoli, Pflegeexpertin der AK Wien. „Dann wird nur noch auf Fachhochschulniveau ausgebildet“ – weshalb sie „vehement“ fordert, dass das Fachkräftestipendium für Pflegeausbildungen im tertiären Bereich, also auf Fachhochschulen oder Universitäten, geöffnet wird. „Je besser die Ausbildung, desto

höher das Qualitätsniveau in der Pflege, und das brauchen wir“, so Rosoli.

Pflegekräfte gebraucht

Das Fachkräftestipendium greife zu kurz, müsste auf tertiäre Ausbildungen für Gesundheits- und Pflegeberufe ausgeweitet und finanziell attraktiver gemacht werden, fordert ebenso Alexander Prischl, Leiter des Referats für Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik beim ÖGB: „Aufgrund der Lebenserwartung und Pensionierungen bis 2030 werden bis zu 76.000 Personen in der Pflegebranche benötigt.“ Andere Berechnungen sehen aufgrund der Bevölkerungsentwicklung sogar einen Bedarf von bis zu 100.000 Pflegekräften.

„Die Zeit ist längst reif für eine echte Joboffensive“, so formuliert es Ingrid Reischl, Leitende Sekretärin im ÖGB. „An-

Bedarf an neuem Pflegepersonal bis ins Jahr 2030

Gesundheit Österreich 2019





„Je besser die Ausbildung, desto höher das Qualitätsniveau in der Pflege, und das brauchen wir“, meint AK-Pflegeexpertin Silvia Rosoli.

forderungen und Personalbedarf in dieser Branche steigen stetig. Wir müssen daher rasch für bessere Arbeitsbedingungen, bessere Einkommen und Entlastung des aktuellen Personals sorgen. Mit einer Pflegestiftung könnte ein großer Teil des benötigten Bedarfs an Pflegepersonal ausgebildet und anschließend direkt auf einen sicheren Arbeitsplatz vermittelt werden.“

Über eine derartige bundesweite Stiftung könnten 30 Prozent des Bedarfes der nächsten vier Jahre – das wären rund 10.000 Personen – ausgebildet und gedeckt werden. Da Pflege Ländersache ist, bräuchte es zunächst bundesweite gesetzliche und finanzielle Regeln. „Zusätzlich muss sichergestellt werden, dass die Länder die eigenen Ausbildungsangebote nicht zurückfahren, um sich die Ausbildungskosten finanzieren zu lassen – denn dann würde kein einziger zusätzlicher Ausbildungsplatz entstehen“, warnt Reischl.

Stiftungsmodelle als Lösung?

Der ÖGB wirft seine Erfahrung mit Stiftungen in die Waagschale. Diese intakten Strukturen der Sozialpartner könnte man nutzen – auch für eine bundesweite Implacement-Stiftung im Pflegebereich. Üblicherweise zahlt der künftige Arbeitgeber einen Beitrag in diese Stiftung, damit die

oder der Auszubildende nicht mehrere Jahre mit der 55-Prozent-Nettoersatzrate des Arbeitslosengeldes leben muss. Pflegedienste wie Caritas, Diakonie, Volkshilfe etc. können sich das aber nicht leisten. „Deshalb sollte der Bund einspringen und sich mit den Ländern abstimmen. Macht man das nicht, hat man eine große Chance veran, Menschen in wichtige Jobs umzuqualifizieren, und das Pflege Thema bleibt auch ungelöst“, gibt Reischl zu bedenken.

Die AUFLEB, wie sich die 1995 gegründete Arbeitsstiftung von Gewerkschaftsbund und Wirtschaftskammer nennt, wäre in der Lage, ein bundesweites Stiftungskonzept zu erarbeiten. „Die Stabilisierung des Arbeitsmarkts muss beschleunigt werden, dafür braucht es mehr konkrete Maßnahmen“, meint ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian. Die Stiftungsmodelle hätten sich bewährt. „Arbeitnehmer*innen bekommen Unterstützung bei ihrer beruflichen Neuorientierung, und der Fachkräftemangel könnte abgedeckt werden.“ Sowohl eine Pflegestiftung als auch eine Umwelt- und eine Verkehrsstiftung, die Betroffenen maßgeschneiderte Qualifizierung für die momentanen Herausforderungen bieten, könnten ein erster wichtiger Schritt zu ihrer Unterstützung sein. „Stiftungen sind ein Win-win-Modell.“

Ähnlich könnten nach Angaben der AK bei der 24-Stunden-Betreuung zu Hause etablierte Organisationen wie die Volkshilfe die Vermittlungstätigkeit der Agenturen übernehmen und die Betreuer*innen anstellen. Außerdem gibt es Überlegungen, Genossenschaften zu gründen, um die Personenbetreuung sicherzustellen.

Als Rohrkrepierer erweist sich hingegen möglicherweise die von der Bundesregierung angedachte Pflegelehre, die ursprünglich diesen Herbst starten sollte. Eindeutig abgelehnt von den Arbeitnehmer*innenvertretungen, lässt derzeit die Telekom-Expertin und zuständige Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, Margarete Schramböck, die genaue Ausgestaltung der Ausbildung ausarbeiten. Dem Vernehmen nach seien noch gesetzliche Änderungen bzw. rechtliche Anpassungen vorzunehmen.

Einige Bundesländer haben inzwischen begonnen, pflegende Angehörige anzustellen und ihnen ein Gehalt von 1.700 Euro monatlich zu zahlen. Das Modell ist nicht unumstritten hinsichtlich Qualität, familiärer Konflikte und Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt. Die Kanzlerpartei lehnt es rundherum ab. Stattdessen schlägt sie als „Wertschätzung“ eine Einmalzahlung von 1.500 Euro vor – jährlich. ▀

Josef Wöss, bis 2021 Leiter der Abteilung Sozialpolitik in der AK Wien
sowie Sozialexperte national/EU

Zusammengefasst von Anja Melzer

Verteilungsgerechtigkeit als Kernfrage bei den Krisenkosten

Eines scheint klar: Die Lehren aus der Corona-Pandemie müssen für die Stärkung des Sozialstaats genutzt werden. Neben dem Gesundheitssystem müssen der Arbeitsmarkt und soziale Investitionen im Fokus der Sozialpolitik stehen.

Klar ist dabei auch, dass die unmittelbaren Krisenkosten und die erforderlichen Zukunftsinvestitionen auf Jahre hinaus zu einem erheblichen Anstieg der öffentlichen Verschuldung führen werden. Zur Bewältigung einer Krise dieser Dimension gibt es dazu keine ernsthafte Alternative. Die Kosten des Nichthandelns wären mittel- bis langfristig noch viel höher. Falsch verstandene „Budgetdisziplin“ in Zeiten wie diesen hätte katastrophale Folgen für ganze Bevölkerungsgruppen, für die Wirtschaft und generell für unsere Zukunftsperspektiven. Positiv ist, dass das auch auf EU-Ebene erkannt wurde und beachtlich große Unterstützungs- und Investitionsprogramme in die Wege geleitet wurden.

Über kurz oder lang wird aber selbstverständlich auch zu klären sein, wer die Krisenkosten zu tragen hat. Verteilungsfragen werden damit ins Zentrum rücken. Auch hier muss gelten: Die Krisenbewältigung muss Weichen in die richtige Richtung stellen. Die seit Langem zu beobachtende Auseinanderentwicklung von Reich und Arm muss gestoppt und in die Gegenrichtung gekehrt werden. Das erfordert einerseits mehr Steuergerechtigkeit – sowohl national (angemessene Finanzierungsbeiträge großer Erbschaften und Vermögen etc.) als auch auf EU-Ebene (Verhinderung von Steuerdumping, Schließung von Steuerschlupflöchern für „Global Player“ etc.) – und andererseits den Schutz kleiner und mittlerer Einkommen und des Sozialstaats.

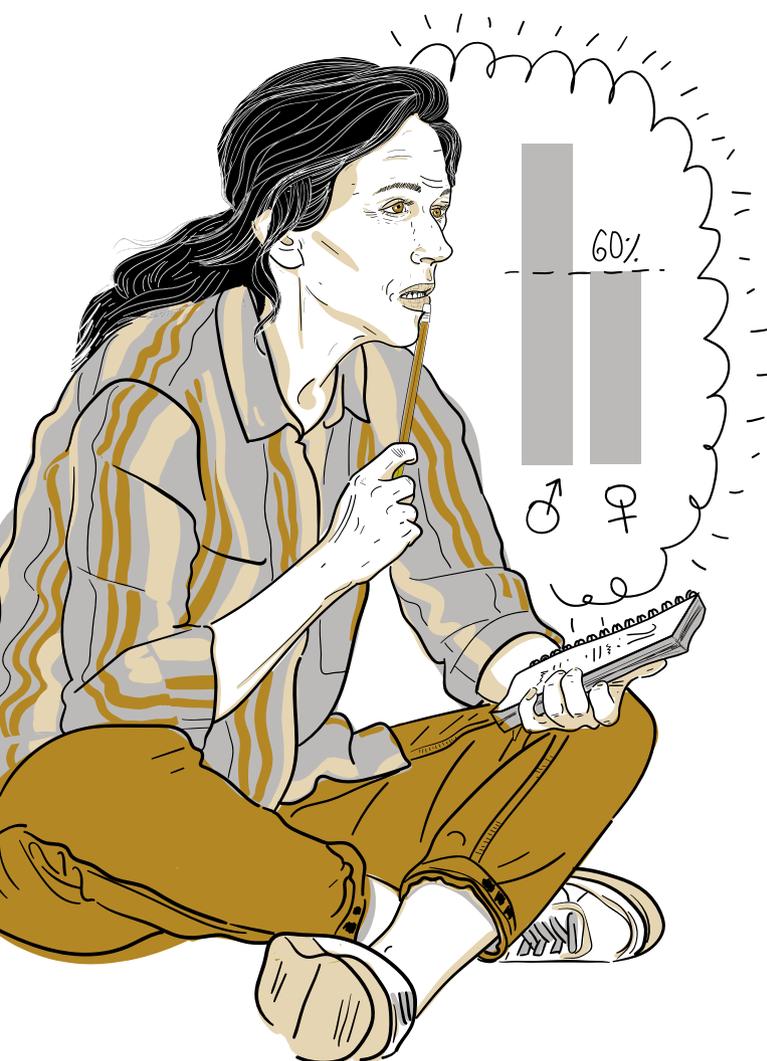
Ob der seit Jahrzehnten stärkste Wirtschaftseinbruch zu einer dauerhaften deutlichen Wohlstandsminderung und zu noch mehr Ungleichheit führen wird oder zumindest auf nationaler und europäischer Ebene rasch überwunden werden kann und letztlich in eine fairere, stabilere und lebenswertere Realität für möglichst viele mündet, hängt in hohem Maß davon ab, ob die Politik heute die richtigen sozial- und wirtschaftspolitischen Weichenstellungen setzt.

**So bekommen Sie alle aktuellen Beiträge direkt in Ihr Postfach:
A&W-Blog abonnieren unter awblog.at/blog-abo**

Im Namen des Pensionssystems

Die Corona-Krise hat bei jenen, die für längere Zeit erwerbsarbeitslos waren, auch einen leichten Knick am Pensionskonto hinterlassen. Für das Gros der Beschäftigten hat sich die Krise hier nicht ausgewirkt. Wichtig ist nun, das Pensionssystem nicht durch Sparpläne zu beschädigen und den Gender Pension Gap weiter zu verringern.

TEXT ALEXIA WEISS



Jeder Arbeitnehmer, jede Arbeitnehmerin sammelt jedes Jahr einen Anspruch für sein Pensionskonto. Konkret gehen 1,78 Prozent des Jahreseinkommens (begrenzt durch die jeweilige Jahreshöchstbeitragsgrundlage) auf dieses virtuelle Konto. Diese Beträge werden jährlich addiert und mit der durchschnittlichen Einkommensentwicklung aufgewertet. Die Summe wird schließlich durch 14 dividiert, und das ergibt dann die monatliche Pension, erklärt Ursula Janesch von der Abteilung Arbeits- und Sozialrecht der AK Niederösterreich.

Wenn nun aber jemand erwerbsarbeitslos wird, sammelt er oder sie zwar auch während der Arbeitslosigkeit Pensionsmonate und damit Teilpensionsgutschriften für das Pensionskonto. Allerdings sind diese dann um fast ein Drittel niedriger als zuvor. Bei rund 500.000 Menschen, die zu Beginn der Pandemie erwerbsarbeitslos wurden, ist das doch für eine sehr große Gruppe von Betroffenen relevant.

Bei den einen mehr, bei anderen weniger

Erik Türk von der Abteilung für Sozialpolitik der AK Wien beruhigt hier aber: Wer nur wenige Monate arbeitslos war, wird bei der Pension kaum etwas spüren. Auch für jene, die 2020 und 2021 länger ohne Beschäftigung waren, wird diese Krise nur einen leichten Knick am Pensionskonto hinterlassen. „Problematisch wird es allerdings, wenn die Langzeitarbeitslosigkeit steigt“, gibt er zu bedenken. Daher gelte es, hier in der Arbeitsmarktpolitik massiv gegenzusteuern. Vor allem gehe es hier um die Gruppe der schlecht und niedrig Qualifizierten sowie um Jüngere, die sich derzeit beim Berufseinstieg schwertun.

Als „Segen“ habe sich das Modell der Kurzarbeit in der Corona-Krise erwiesen, betont Ursula Janesch. Einerseits hätten Menschen so ihre Arbeit behalten können, andererseits sind die Gutschriften



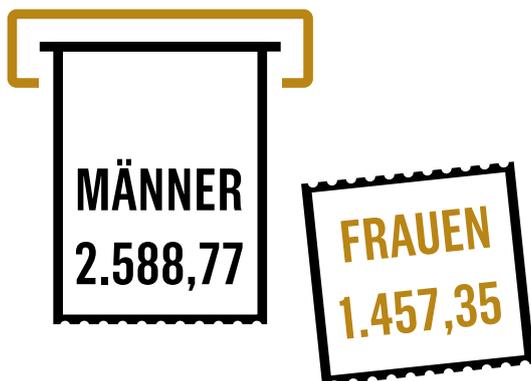
Weil die Krise vor allem Frauen traf, wird sich das am Pensionskonto zeigen, warnt Ursula Janesch von der AK Wien.

auf ihren Pensionskonten dadurch gleich hoch geblieben. Für die Berechnung der jährlichen Teilpensionsgutschrift wird nämlich das Entgelt vor Beginn der Kurzarbeit herangezogen.

Warum es die Frauen trifft

Die Krise zeigte aber auch einen Schwachpunkt: Es waren eher die Frauen, die erwerbsarbeitslos wurden. Denn es waren gerade frauendominierte Branchen, wie die Gastronomie, die Hotellerie, der Bereich der persönlichen Dienstleistungen und der Einzelhandel, die besonders von den Lockdowns getroffen wurden, so Janesch. Da Frauen im Schnitt immer noch weit niedrigere Pensionen als Männer beziehen, macht sich hier jede verringerte Gutschrift auf das Pensionskonto bemerkbar – auch dadurch, dass sich der Pension Gap zwischen Frauen und Männern noch eine Spur langsamer verringert. 2020 fiel der „Equal Pension Day“ auf den 30. Juli: Bis zu diesem Tag hatten Männer bereits so viel Pen-

Alterspensionen 2020 im Durchschnitt Pensionsversicherungsanstalt



sion erhalten wie Frauen bis Ende des ganzen Jahres, so Janesch. 2020 lagen die Pensionen neuer Pensionsbezieher*innen zwar auch durchschnittlich höher als die der bestehenden Pensionist*innen, was grundsätzlich positiv ist. Allerdings erhielten Männer, die in diesem Jahr ihren Ruhestand antraten, laut Jahresbericht 2020 der Pensionsversicherungsanstalt im Schnitt 2.588,77 Euro an Alterspension, Frauen dagegen nur 1.457,35 Euro. Die durchschnittliche Pensionshöhe von Frauen, die neu in Pension gingen, betrug damit nur 56 Prozent jener der Männer – im Jahr davor waren es noch 60 Prozent gewesen.

Doch Türk warnt davor, sich hier nur einzelne Jahre anzusehen. Der Abfall 2020 sei etwa durch die kurzfristige Wiedereinführung der Abschlagsfreiheit bei der sogenannten Hacklerpension zu erklären, von der fast ausschließlich Männer profitierten. Im langjährigen Vergleich zeige sich, dass der Abstand zwischen den Geschlechtern kleiner werde – wenngleich zu langsam. Als richtig habe sich erwiesen, die Angleichung des Frauenpensions-Antrittsalters an jenes der Männer nur schrittweise vorzunehmen – und auch erst ab 2024: „Diese Übergangsphase hat zusätzlich positive Effekte auf die Höhe der Frauenpensionen.“

Verteilungskämpfe

Insgesamt plädiert der AK-Experte dafür, „unser Pensionskontosystem, das auch den Jüngeren – ganz anders als etwa in Deutschland – eine immer noch sehr gute Absicherung bietet, gegen Angriffe vehement zu verteidigen“. Ja, es werde Verteilungskämpfe geben, da sich nach Ende der Corona-Krise die Frage stellen werde, wer die Kosten der Pandemie zu tragen habe. „Forderungen, mit Sparpaketen gegenzusteuern, werden wieder lauter werden.“ Gerade das sei aber ein Fehler gewesen, den man europaweit relativ bald nach der Finanzkrise gemacht habe. „Der Preis war eine lang anhaltende Stagnation mit hohen sozialen und wirtschaftlichen Kosten“, so Türk.

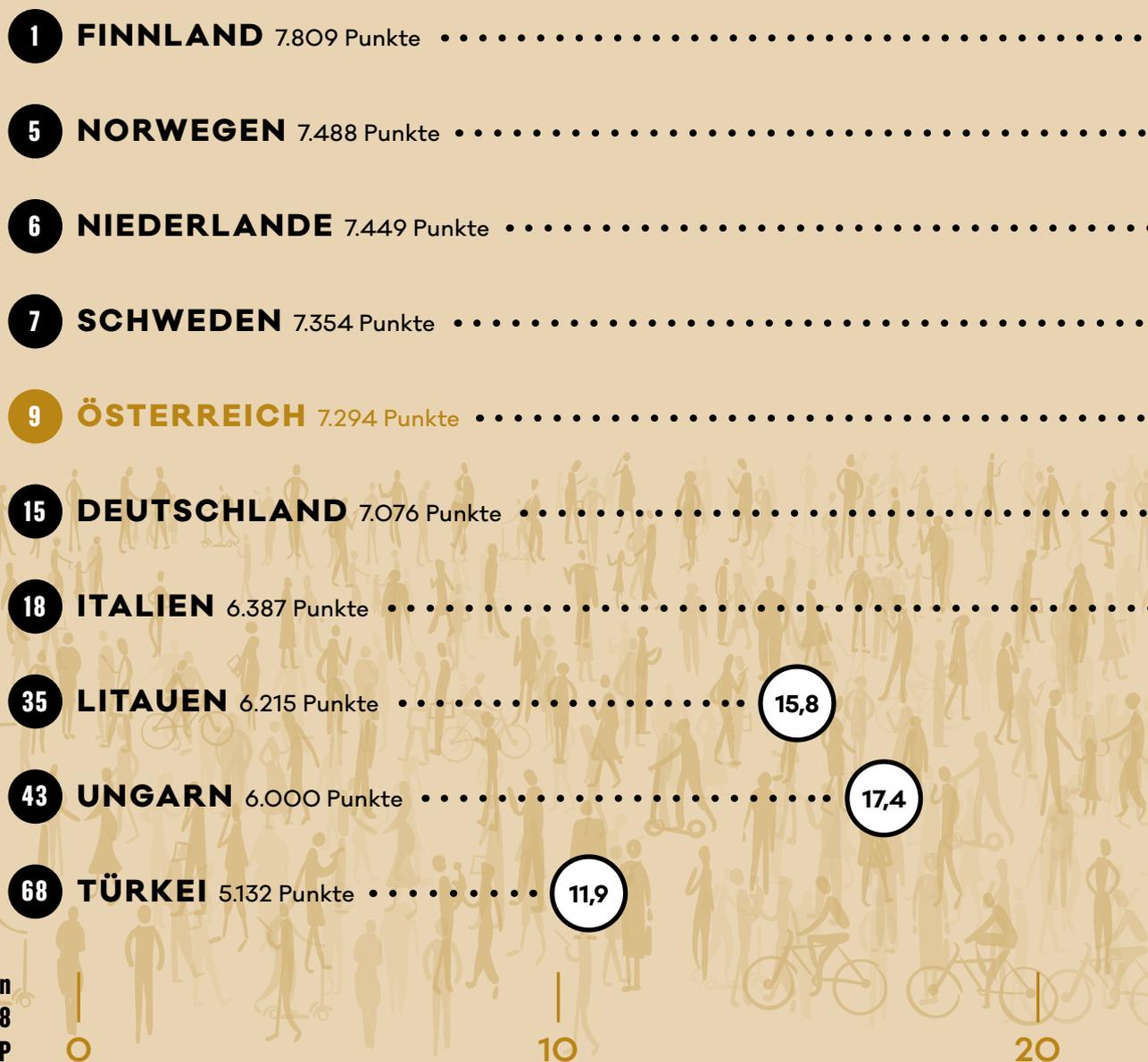
Der gestiegenen Staatsverschuldung solle jedenfalls nicht mit Kürzungen im Sozialstaat begegnet werden. Es brauche vielmehr ambitionierte Investitionen in die (soziale) Infrastruktur und den Klimaschutz sowie eine aktive Arbeitsmarktpolitik. „Pensionsansprüche herunterzuschrauben oder das Pensionsalter hinaufzusetzen, das wäre jedenfalls eine schlechte Politik und nicht eine Folge der Krise“, betont AK-Experte Türk. Gerade durch die Corona-Pandemie sei vielen Menschen bewusst geworden, „wie wichtig ein gut funktionierendes Sozialsystem ist“.

Dieses gelte es daher vehement zu verteidigen. Und wenn der Anteil der Älteren künftig um rund 60 Prozent steige, „dann werden wir es uns wohl auch leisten können, das eine oder andere Prozent des Bruttoinlandsprodukts mehr für Pensionen, Pflege und Gesundheit auszugeben“. Und: „Das als unfinanzierbar darzustellen ist ja geradezu absurd“, meint Türk. ▀

Sozialstaat und das Gl

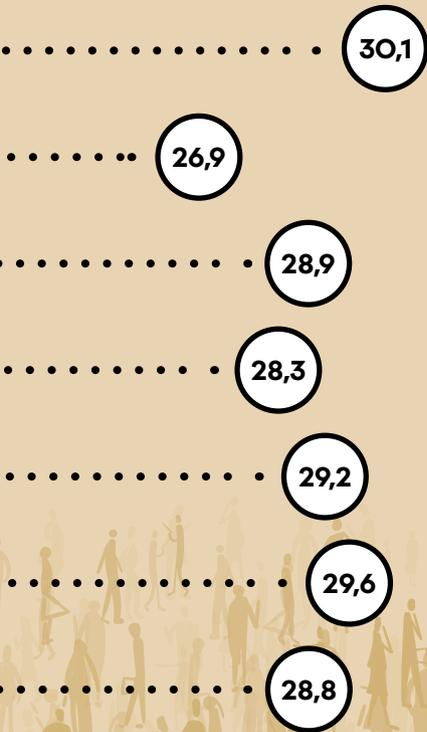
Die grobe Faustregel scheint: Je mehr ein Land für Sozialleistungen ausgibt, desto glücklicher sind die Menschen, die darin leben. Auch wenn in Bezug auf die Lebenszufriedenheit von den Verdienstmöglichkeiten bis zur Freizeitgestaltung viele Faktoren eine Rolle spielen. Unsere Grafik zeigt die Sozialausgaben ausgewählter Länder gemessen am Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zu deren Punkten im aktuellsten „World Happiness Report“.

Platzierung im „World Happiness Report“



Ausgaben für den Sozialstaat 2018 in Prozent des BIP

ück



30

Rettungsanker für den

Der Sozialstaat ist nicht nur eine Reparaturwerkstatt, die jene absichert, die ihn gerade brauchen. „Er ist ein Instrumentenkasten für Gesellschaftspolitik“, sagt die Ökonomin Karin Heitzmann. „Er wird als Selbstverständlichkeit angesehen“, meint Ex-Sozialministerin Lore Hostasch.

INTERVIEW ROBERT MISIK

KARIN HEITZMANN
WISSENSCHAFTERIN

geboren 1970, ist Sozialökonomin und außerordentliche Professorin an der Wirtschaftsuniversität Wien, wo sie sich mit Sozialpolitik und Ungleichheitsforschung befasst. Sie arbeitete unter anderem auch als Konsultantin für die Weltbank. In ihren Forschungen konzentriert sie sich auf Armutsforschung und -bekämpfung sowie auf den Wohlfahrtsstaat.



Notfall?

LORE HOSTASCH

EX-SOZIALMINISTERIN

geboren 1944, war Betriebsrätin,
dann Gewerkschaftsfunktionärin.

Sie war Vorsitzende der Gewerkschaft
der Privatangestellten, dann Arbeiter-
kammerpräsidentin und von 1997
bis ins Jahr 2000 Sozialministerin.

In vielen ihrer Funktionen war sie
die erste Frau im Amt.

Als volksnahe Konsenspolitikerin
ist sie weit über Parteigrenzen
hinweg respektiert.



Arbeit&Wirtschaft: Die meisten haben eine instinktive Vorstellung, wenn vom Sozialstaat die Rede ist. Viele denken dann wohl an die Arbeitslosenversicherung, die Mindestsicherung, Absicherungen für Notfälle, vielleicht noch an das Rentensystem, die Pflege. Aber in Wirklichkeit ist der Sozialstaat doch viel mehr als ein Netz für den Notfall. Was stimmt da jetzt?

Karin Heitzmann: Das ist tatsächlich gar nicht so einfach zu beantworten, was der Sozialstaat ist, oder auch, was Sozialpolitik eigentlich ist. Da gibt es unterschiedliche Ansichten. Manchmal wird der Sozialstaat enger gefasst, etwa: Wenn der Markt versagt, dann springt der Staat ein; oder: Wenn man aus dem Arbeitsmarkt herausfällt, dann gibt es ein Netz, das absichert. Die breitere Auffassung würde den Sozialstaat nicht nur als Reparaturwerkstatt ansehen, sondern im weiteren Sinne als Instrumentenkasten für Gesellschaftspolitik, mit dem man eben die Gesellschaft zum Besseren verändern kann. Dann gehört auch Bildungspolitik dazu, aber auch Infrastrukturpolitik, Energiepolitik, Wohnungspolitik, all das hat eine sozialpolitische Dimension. Das Gesundheitssystem sowieso – oder wie Pflege organisiert ist.

Ein Staat, der denen nützt, die es gerade unbedingt notwendig haben – oder einer, der allen nützt?

Lore Hostasch: Das ist meines Erachtens auch eine Schlüsselfrage für die Demokratie in einem Land, welche Qualität jedem Einzelnen geboten wird, ein Leben nach seinen – oder ihren – Bedürfnissen zu führen. Denken wir nur an Chancen-

„Wenn ein Sozialstaat funktioniert, dann ist er ein Garant für eine stabile Demokratie.“

Lore Hostasch, frühere Sozialministerin

gleichheit, aber eben auch an alle Risiken des Lebens. Wenn ein Sozialstaat funktioniert, dann ist er ein Garant für eine stabile Demokratie.

Heitzmann: Der Sozialstaat hat zudem auch eine stabilisierende Funktion in Krisen. Für den Einzelnen, aber eben auch für die Gesellschaft als Ganze. Wir haben ja viele Instrumentarien eingebaut, die automatisch stabilisieren, deswegen spricht man auch von den „automatischen Stabilisatoren“: etwa das Arbeitslosengeld. Werden viele Menschen in einer Krise arbeitslos, erhalten diese Menschen Arbeitslosengeld, und die Konsumnachfrage bricht weniger stark ein, als das sonst der Fall wäre. Das dämpft konjunkturelle Wellen. Wir sollten aber auch nicht übersehen, dass der Sozialstaat in Krisen auch eine investierende Funktion hat, oder zumindest: haben sollte. Investitionen, die wir heute tätigen, haben in der Zukunft ihre Wirkung. Das betrifft natürlich auch das Bildungswesen und Ähnliches, also die Investitionen in das Humankapital.

Also Investition in die Menschen ...

Heitzmann: Er schafft damit ja auch die Bedingungen dafür, dass die Menschen sich selbst in Zukunft helfen können, dass sie etwa die Möglichkeit haben, in einem „nicht armen Haushalt“ aufzuwachsen. Der Sozialstaat stattet auch mit kulturellem Kapital aus, also mit Fähigkeiten.

In allen Umfragen wird der Sozialstaat sehr unterstützt, aber wenn ich dich mit deiner Erfahrung als Sozialpolitikerin frage: Hast du den Eindruck, er hat viel Zustimmung?

Hostasch: Ich denke, er wird als selbstverständlich genommen, und das ist auch ein bisschen das Problem. Alles, was als selbstverständlich erscheint, hat nicht jenen Wert, den es eigentlich haben sollte. Deswegen haben wir so oft die Debatten über die „Kosten“ und die „Belastungen“ der Sozialbudgets, dabei sind sie Investitionen in eine Gesellschaft, sie sind produktiv für eine Gesellschaft, aber auch im engeren Sinne für die Wirtschaft.

Er gibt Sicherheit, und mit diesem sicheren Boden unter den Füßen können viele Menschen auch etwas wagen, sich selbst verwirklichen. Der Staat, der uns alle Möglichkeiten gibt, etwa mit einem guten Schulsystem, gibt uns damit auch die Freiheit, dass wir diesen Staat dann nicht mehr brauchen – oder glauben, dass wir ihn nicht brauchen. Der Sozialstaat ermöglicht erst den Individualismus, der dann im Sinne einer Ich-Ideologie und Entsolidarisierung gegen ihn benutzt wird. Eine Paradoxie, fast ein Dilemma, oder?

Hostasch: Ein Sozialstaat ohne Solidarität wird nicht langfristig gut funktionieren. Deswegen kämpfe ich immer noch um diesen Wert der Solidarität, den Geist der Solidarität. Selbst die Reichsten in einer Ge-



Der Sozialstaat werde als selbstverständlich genommen – „und das ist auch ein bisschen das Problem“, warnt die frühere Gewerkschafterin und Ex-Sozialministerin Lore Hostasch.

sellschaft können ohne die Leistungen der Gemeinschaft nicht gut leben. Sie können ihre Kinder in eine Privatschule geben, aber die werden dort nur sicher ankommen, wenn es eine gut funktionierende Gesellschaft gibt und außerdem Straßen und die ganze sonstige Infrastruktur.

Es gibt ja auch den Begriff des Wohlfahrtsstaates, aber so wie wir jetzt über den Sozialstaat reden – ist das nicht das Gleiche?

Heitzmann: Ich benütze den Begriff tatsächlich beinahe synonym. Wobei es noch den Wohlfahrtpluralismus gibt, womit die Tatsache gemeint ist, dass viele Leistungen des Wohlfahrtssystems ja nicht nur von staatlichen Institutionen erbracht werden, sondern auch von NGOs, man denke da nur an die Pflege. Jeder kennt das: Da ist die Caritas involviert oder die Volkshilfe, oder wie die verschiedenen Wohlfahrtsverbände heißen. Und das unterscheidet schon einzelne Wohlfahrtsstaaten voneinander. In den skandinavischen Ländern behält der Staat viel mehr selbst direkt in der Hand.

Nur damit wir ein Gefühl für die Dimensionen haben: Was ist das BIP in Österreich? Wenn ich das recht im Kopf habe, etwa 400 Milliarden Euro, davon gehen rund die Hälfte über Steuern und Transfers durch den Staat durch ...

Heitzmann: So in etwa, und 116 Milliarden haben wir zuletzt in Österreich im weites-

ten Sinne für soziale Belange ausgegeben, aber da sind Bildungsausgaben nicht dabei.

Das ist natürlich ein großer Brocken Geld, und viele Menschen sagen dann so spontan: „Na, das Geld wächst ja nicht auf den Bäumen.“

Hostasch: Ich habe den Begriff des „Wohlfahrtsstaates“ nie gemocht, weil da mitschwingt, dass die Wohlfahrt irgendwie von selbst kommt, dass uns das in den Schoß fällt oder dass es einzelne Leute gibt, die sich darauf verlassen, dass ihnen alles in den Schoß fällt ...

„Wohlfahrtsstaat“, das klingt nach Paradies und gebratenen Hähnchen, die am Baum wachsen?

Hostasch: Genau! Und wir leben nicht im Paradies. Wir haben ein gutes System, aber Paradies für alle ist es sicherlich nicht. Ich bin da sehr sensibel, was die Sprache angeht. Denn alle erbringen Leistungen für den Sozialstaat, und allen kommt er zugute. Das ist das Prinzip des Sozialstaats.

Da sieht man gut das Problem an Sprache. Eigentlich kommt Wohlfahrtsstaat als Begriff aus dem Englischen, und da hat „Welfare State“ ja eher den Beiklang, dass er den Wohlstand einer Gesellschaft insgesamt hebt. „Sozialstaat“ kann aber auch eine fragwürdige Semantik haben, weil man glauben kann: Ah, das ist was „für Sozialfälle“, und wer will schon ein Sozialfall sein ...

Hostasch: Es geht beim Wohlfahrts- und Sozialstaat auch darum, dass die Einzelnen nicht Bittsteller sind, sondern einen Rechtsanspruch haben.

Wir sind da bei den ganz heiklen Fragen angelangt. Oft sind es ja gerade hart arbeitende Menschen aus den arbeitenden Klassen, die finden, die Mindestsicherung und Ähnliches seien zu hoch. Die sagen dann: „Mir schenkt ja auch keiner etwas.“ Und das hat es ja übrigens immer schon in der Arbeiterklasse gegeben, dass die „Armenfürsorge“, wie man das früher nannte, gar nicht populär war.

Hostasch: Meine Erfahrung ist, dass sich diese Einstellung sofort ändert, sobald jemand Nahestehender – etwa aus der eigenen Familie – betroffen ist. Natürlich gibt es Eigenverantwortung in jenem Sinne, dass jeder die Verantwortung hat, für sich und seine Familie zu sorgen, sich anzustrengen. Aber jeder muss eben auch die faire Chance haben, diese Verantwortung wahrzunehmen. Wenn man das deutlich macht, dann hört auch die Neiddebatte sehr schnell auf. Natürlich spielt die veröffentlichte Meinung dabei auch eine sehr große Rolle. Da wird viel übertrieben, aber was stimmt daran denn wirklich? Allein bei der Arbeitslosenversicherung, da kursieren dann irgend-

„Alle erbringen Leistungen für den Sozialstaat, und allen kommt er zugute. Das ist das Prinzip des Sozialstaats.“

Lore Hostasch



Österreich sei bisher noch vergleichsweise gut durch die Corona-Krise gekommen, meint Sozialökonomin Karin Heitzmann. Die eigentliche Gefahr bestehe nun darin, durch Sparprogramme weitere Abwärtsspiralen auszulösen.

welche Geschichten von „Schmarotzern“, die es sich bequem machen, daneben vielleicht auch noch pfuschen. Aber wenn man sich wirklich damit beschäftigt, merkt man schnell, dass das absolute Einzelfälle sind. Die meisten Menschen schreiben Dutzende Bewerbungen und finden keine Stelle.

Heitzmann: Es gibt ja diese ganzen Diskussionen um das Lohnabstandsgebot, und wie die Begriffe alle lauten. Da haben wir ja auch aktuell gerade die Diskussion, dass es Arbeitskräftemangel gibt, und anstatt die Löhne zu erhöhen, was eigentlich die logische marktwirtschaftliche Konsequenz wäre, kritisiert man die sozialen Sicherungsleistungen: das Arbeitslosengeld, die Notstandshilfe, die Mindestsicherung. Meistens stimmen diese Milchmädchenrechnungen ja auch nicht. Da wird dann beim Mindestsicherungsbezieher gern die Familienbeihilfe für die zwei Kinder dazugerechnet, aber die bekommen die Erwerbstätigen, die Gehälter oder Löhne beziehen, ja auch. Faktum ist, dass wir ein Problem mit viel zu niedrigen Erwerbseinkommen haben, von denen man nicht leben kann. Faktum ist außerdem, dass in Österreich der beste Schutz gegen Armut ein Erwerbseinkommen ist – Sozialleistungen und Transfers können das nie kompensieren.

Erwerbsarbeit hat außerdem auch eine ganz andere Dimension als nur die Erwerbsfunktion, nämlich eine psychologische Dimension. Bei Langzeitarbeitslosen, die wieder in den Arbeitsmarkt hineinkommen, wächst nicht so sehr das Einkommen als vielmehr Wohlbefinden, Selbstwert. Eine Arbeit zu haben ist in unserer Gesellschaft für die meisten Menschen extrem wichtig. Selbstwert ist für die Menschen extrem mit Arbeit verbunden. Die Leute wollen einen Job! Es kommt sicherlich vor, dass Menschen, die keinen Job haben, salopp sagen: „Passt eh für mich.“ Aber in Wirklichkeit passt es nicht für sie.

Wenn man Druck auf die Arbeitslosen ausübt, damit sie jeden Job annehmen müssen, senkt das dann eigentlich die Löhne langfristig?

Heitzmann: Was man sehr klar sieht, ist, dass das dann Jobs sind, aus denen man schnell wieder rausfliegt. Das ist dann oft eine Abwärtsspirale. Ökonomisch ist es extrem ineffizient, weil die Menschen dann ihre Qualifikationen verlieren, wenn sie irgendwelche Jobs machen müssen, die ihrer Qualifikation und Ausbildung nicht entsprechen. Gerade in einer Wissensgesellschaft tun wir uns da nichts Gutes.

Was der Arbeitsminister also gerade propagiert, nämlich mehr Druck auf Arbeitslose, würde Humankapital zerstören und Billiglohnssektoren verbreitern?

Heitzmann: Eine Zeit lang war das allgemein verbreitete Ziel in Europa: „Jobs, Jobs, Jobs“, weil man dachte, es sei zunächst einmal für Menschen das Wichtigste, irgendeinen Job zu haben, egal welchen. Davon ist man aber aufgrund schlechter Erfahrungen abgekommen. Jetzt geht es eigentlich in die Richtung „sustainable Jobs“, also nachhaltige Jobs. Und wir sehen ja jetzt schon, dass die Einkommensschere auseinandergeht.

Hostasch: Bei all dem dürfen wir freilich nicht übersehen, dass eine der zentralen Fragen ist: Wie stark ist die Interessenvertretung der schwächeren Teile der Gesellschaft? Und wie gut sind wir darin, diesen negativen Geist wieder zurückzudrängen? All diese Diskussionen finden ja nicht im luftleeren Raum statt, in dem es keine Macht gibt oder keine mächtigen Interessen. Und es spielt schon auch eine ganz große Rolle, wer beispielsweise eine Mehrheit im Parlament hat.

Wie wäre es mit einer staatlichen Job-Garantie, wie sie in den USA diskutiert wird?

„Wie nach jeder großen Krise besteht die Hauptgefahr darin, dass man massive Sparprogramme durchsetzt und damit die eigentliche Krise erst auslöst.“

Karin Heitzmann, Sozialökonomin

Heitzmann: Das ist in jedem Fall etwas, was diskutiert gehört. Was ich vorhin versucht habe zu unterstreichen, ist, dass Erwerbsarbeit in unserer Gesellschaft etwas ist, was uns als Person definiert. Das muss uns nicht gefallen, aber es ist so. Und angesichts dessen ist eine öffentliche Jobgarantie natürlich etwas, was man erwägen muss. Ich glaube, dass das vielfach ein sehr individualisiertes Angebot sein muss, weil viele Menschen seit Längerem keine Arbeit haben, das ist eine nicht sehr homogene Gruppe, und viele haben auch schon psychische und gesundheitliche Probleme, also jedenfalls sind die Bedürfnisse dieser Gruppe sehr unterschiedlich.

Jetzt haben wir die Corona-Krise hinter uns ...

Hostasch: Na ja, Vorsicht ...

Gut, das war jetzt salopp und etwas vorschnell optimistisch.

Hostasch: Ich kann mich noch gut erinnern, als wir 150.000 Arbeitslose hatten und alle in Panik verfielen ...

Das war wahrscheinlich Anfang der 90er-Jahre ...

Hostasch: Genau! Und als ich Ministerin wurde, hatten wir 300.000 Arbeitslose und alle haben „Alarm“ gerufen ...

... und 2015 hatten wir 420.000, und keinen hat es eigentlich gejackt. Jetzt haben wir – trotz der Corona-Krise – 360.000.

Hostasch: Und deshalb sage ich, dass es immer eine riesige Gefahr gibt, dass wir uns an so hohe Arbeitslosenzahlen gewöhnen. Und das ist übrigens auch ein wenig die Sorge, die ich habe, wenn wir über staatliche Jobgarantien etc. nachdenken. Wir müssen alles tun, dass eine möglichst große Zahl der Menschen gute Stellen findet. Wir dürfen uns damit nicht abfinden, dass die Wirtschaft das nicht schafft, dass die Unternehmen das nicht schaffen. Die Gefahr besteht, dass wir viel zu defensiv werden; dass man eine Spaltung der Gesellschaft einfach so hinnimmt, das akzeptiert, und dann das eine oder andere erfindet, um auf die Wunden Pflaster zu kleben. Ich glaube nicht, dass Job-Aktionen im öffentlichen Sektor gute, nachhaltige Stellen sichern können, so richtig es natürlich ist, dass man sich hier engagiert. Wie schwierig haben wir es, Arbeitslose für sinnvolle Arbeit in Kommunen unterzubringen.

Heitzmann: Wir sind generell ökonomisch relativ gut durch die COVID-Krise gekommen, aber es gibt Gruppen, die besonders hart getroffen wurden. Und da ist die Frage: Werden sich diese Nachteile auch noch verstetigen oder potenzieren?

Ein großer Teil derer, die arbeitslos geworden sind, sind Frauen gewesen ...

Heitzmann: Genau. Die Krise traf regional unterschiedlich, sie traf nach Branchen unterschiedlich. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen steigt noch immer, obwohl die

Arbeitslosigkeit sinkt, und für die wird es ja immer schwieriger, je länger sie in dieser Situation sind. Es sind Menschen mit Migrationshintergrund stark betroffen. Es haben auch die Alleinerziehenden überproportional stark verloren, ökonomisch – und sie haben darüber hinaus besonders gelitten. Und wenn ich dann auch noch an Kinder denke, die eineinhalb Jahre verloren haben. Oder die jungen Berufseinsteiger. Es gibt also Gruppen, die besonders betroffen sind, und wie so oft sind es die schon davor Benachteiligten, die besonders gelitten haben. Die Gefahr, die ich gerade jetzt sehe, ist: Wir sind noch vergleichsweise gut durch die Corona-Krise gekommen, weil wir einerseits den intakten Sozialstaat haben und andererseits die Regierungen viele Hilfsprogramme aufgelegt haben. Aber wie nach jeder großen Krise besteht die Hauptgefahr darin, dass man massive Sparprogramme durchsetzt und damit die eigentliche Krise erst auslöst oder jedenfalls verlängert.

Hostasch: Ich denke, wir werden erst in den nächsten Jahren genau sehen, was diese Krise angerichtet hat und wer Gefahr läuft, auf der Strecke zu bleiben. ▀

& PODCAST

Das ausführliche Interview als Podcast finden Sie unter www.arbeit-wirtschaft.at/podcast

Von Revo- und Evolutionen

Das Bedingungslose Grundeinkommen ist für viele Menschen die große Vision des Sozialstaates. Für andere ist es dessen Untergang. Eine kritische Auseinandersetzung.

TEXT CHRISTIAN DOMKE SEIDEL



Geld ist gleichbedeutend mit Freiheit und Selbstbestimmung, mit weniger Stress und einem gesünderen Leben. Die Idee des Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) ist es, all das jedem zu ermöglichen, der eine bestimmte Zeit in einem Land lebt. Unabhängig von Vermögen, Beruf, Alter, Nationalität oder Lebenswandel. Und das ganz unbürokratisch.

Es gibt viele Konzepte zum BGE. Barbara Prainsack, Politikwissenschaftlerin und Autorin des Buches „Vom Wert des Menschen“, tritt für ein Modell ein, bei dem jedem Menschen in einem Land rund 1.200 Euro pro Monat ausgezahlt werden, während grundlegende Leistungen des Sozialstaates allerdings erhalten bleiben.

Butterbrot statt Peitsche

Sie vergleicht das BGE mit einem Butterbrot. Der Sozialstaat ist das Brot – der öffentliche Verkehr, das Gesundheits- und Bildungssystem. Das BGE die Butter – Geld, das den Empfänger*innen mehr Selbstbestimmung gibt. „Wir geben heute schon Menschen bedingungslos Leistungen. Das Bedingungslose Grundeinkommen würde nur das Tabu brechen, dass man Menschen bedingungslos Geld gibt“, beschreibt sie den notwendigen Umdenkprozess. „Meinen eigenen Ansatz würde ich als solidarisch einordnen. Und zwar als einen Ansatz, der sich nicht als Alternative zum Sozialstaat versteht.“

In diesem Punkt ist sie sich mit Norman Wagner einig. Wagner ist Referent für Sozialstaatsfragen in der Abteilung Sozialpolitik bei der Arbeiterkammer Wien und steht dem BGE eher kritisch gegenüber, sagt aber auch: „Wenn Sie ein Bedingungsloses Grundeinkommen wollen, das zu einer Verbesserung der aktuellen Situation führt, dann muss es eine Ergänzung zum Sozialstaat sein.“ Wagner hält den klassischen Sozialstaat allerdings für die geeignetere Lösung, um die Herausforderungen der Zukunft anzugehen. Mit Blick auf das von Prainsack befürwortete Modell gibt er zu bedenken: „Ich will gar

nicht sagen, dass wir uns das nicht leisten können, sondern die Frage stellen, ob es nicht zielführender wäre, mit dem Geld die Schwächen des Sozialstaates anzugehen: wie Verbesserungen in der Langzeitpflege, den Ausbau der Kinderbetreuung oder bessere Leistungen in der Krankenversicherung. Das sind zielgerichtete Dinge, die sinnvoller sind, als jedem einfach nur Geld in die Hand zu drücken.“

Resilienter Sozialstaat

Denn auf der einen Seite hat der Sozialstaat gerade in der Corona-Krise bewiesen, dass er in der Lage ist, massive Probleme zu lösen und die Lasten dabei fair zu verteilen. Doch sind auch Schwachstellen offenkundig geworden: die Bezahlung der Pflegekräfte etwa oder die enorme Bedeutung einer funktionierenden Kinderbetreuung. Diese Punkte sind Befürworter*innen des Sozialstaates durchaus bewusst, ein BGE würde ihrer Meinung nach weniger helfen als angenommen. „Die Ressourcen, die wir dort benötigen, fehlen, wenn wir das Geld stattdessen für ein BGE mit der Gießkanne einsetzen. Der Sozialstaat leistet weit mehr als eine bedarfsunabhängige Geldleistung“, heißt es in einem Positionspapier der Arbeiterkammer, an dem auch Norman Wagner mitgeschrieben hat.

Prainsack sieht das anders: „Ich glaube, dass das BGE den Sozialstaat sozialer macht, nicht aushöhlt. Ein Bedingungsloses Grundeinkommen könnte für einen starken Sozialstaat sogar notwendig werden.“ Zwar werde das BGE kein Problem zur Gänze lösen, deren Auswirkungen aber deutlich mildern.

Hintergrund sei die unbürokratische Hilfe, die ein BGE verspricht. „Bei einem BGE, das man nicht immer neu beantragen muss, gibt es weniger Löcher im System. Wir wissen, dass viele Menschen Hilfen, die ihnen zustehen würden, gar nicht beantragen, weil es zu kompliziert oder zu demütigend erscheint“, erläutert Prainsack. Zusätzlich habe sich der Sozialstaat an vielen Stellen zu einem Gängelungsinstrument entwickelt.

„Ich denke, dass ein Bedingungsloses Grundeinkommen wenig zur Gleichstellung von Mann und Frau beiträgt, sondern die bestehenden Strukturen eher verfestigen würde.“

Norman Wagner,
Arbeiterkammer Wien

Sozialstaat auf Kompromisskurs

Ein Punkt, bei dem auch Wagner Handlungsbedarf beim Sozialstaat sieht. So sei die Idee, eine Leistung zu haben, die nicht weiter gekürzt werden könne, egal ob man arbeite oder nicht, durchaus interessant. Das Geld dürfe es allerdings nicht für alle geben. „Ein Kompromiss zwischen Grundeinkommen und Sozialstaat ist mit der Frage der Sanktionierung verbunden. Entschärft man Sanktionen für Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, geht das in Richtung Grundeinkommen“, glaubt Wagner.

Eher keinen gemeinsamen Nenner gibt es bei der Frage der Geschlechtergerechtigkeit. „Ich denke, dass ein Bedingungsloses Grundeinkommen wenig zur Gleichstellung von Mann und Frau beiträgt, sondern die bestehenden Strukturen eher verfestigen würde“, so die Position von Wagner. Schließlich könne ein BGE als finanzielle Anerkennung der Care-Arbeit interpretiert werden. „Es geht nicht darum, mehr Geldleistungen zu schaffen, sondern darum, den Frauen – und es sind meistens Frauen – möglichst viel der Care-Arbeit abzunehmen. Was sie auch brauchen, ist eine Mentalitätsänderung. Und da bin ich nicht sicher, ob das Bedingungslose Grundeinkommen das besser lösen kann als der Sozialstaat“, begründet er.

Prainsack sieht diese Thematik anders. „Das Bedingungslose Grundeinkommen wäre für die Frauen als Gruppe mehr gut als schlecht. Frauen sind häufiger armutsgefährdet und armutsbetroffen. Das Problem der Altersarmut bei Frauen wäre mit einem Schlag weg.“

Zukunftsvision

In Zukunft könnte das BGE eine bedeutende Rolle im Arbeitskampf spielen, glaubt Prainsack. „Ein Bedingungsloses Grundeinkommen ist keine Alternative zu einer Erwerbsarbeit, keine Stilllegungsprämie. Aber wir wollen uns nicht ausbeuten lassen. Und wir wollen nicht unter extremem Druck arbeiten, der uns krank macht.“ Unternehmen müssten zwangsweise die Arbeitsbedingungen verbessern, wenn Arbeitnehmer*innen alternativ ein BGE zur Auswahl hätten.

In bisherigen Modellversuchen konnte vor allem eine Gruppe profitieren, erläutert Prainsack: „Manche jungen Menschen bleiben länger in der Ausbildung. Wenn es Ausbildungsmöglichkeiten gibt, dann kann das Bedingungslose Grundeinkommen ein großer Katalysator für Umschulungen und Ausbildungen werden.“ Auch könne eine Arbeitszeitverkürzung – eine Kernforderung der Arbeiterkammer – leichter umgesetzt werden.

Wagner ist allerdings skeptisch. Der Sozialstaat sei natürlich komplex und habe Verbesserungspotenzial. Aber: „Die Leute, bei denen Arbeiter*inneninteressen im Vordergrund stehen, suchen nach einer Vision. Das Bedingungslose Grundeinkommen ist für viele die Hoffnung. Ich persönlich bin nach 17 Jahren in diesem Bereich skeptisch bei einfachen Lösungen.“ ▀

Wohnen als Menschenrecht

Jede Nacht sind 700.000 Menschen in der Europäischen Union ohne Obdach. Eine hohe Zahl auf einem großteils reichen Kontinent. Vor zehn Jahren waren es noch 70 Prozent weniger. Die EU will nun bis 2030 die Obdach- und Wohnungslosigkeit eindämmen.

TEXT STEFAN MAYER



Wohnungslose Männer sterben im Durchschnitt 20 Jahre früher, das wurde statistisch festgestellt. Diese Gefahr ist für viele Menschen in Österreich und der EU bittere Realität. Eine frauenspezifische Wohnungslosigkeit wird bislang nicht erfasst, daher gibt es keine Zahlen zu deren Lebenserwartung. Laut Statistik Austria waren in den vergangenen Jahren über 21.000 Personen in Österreich als wohnungslos registriert. Ungefähr so viele, wie die Stadt Lustenau Einwohner*innen hat. Seit der Finanzkrise 2008/09 ist diese Zahl um 30 Prozent angewachsen. In den Niederlanden ist der Zuwachs sogar noch extremer: plus 121 Prozent Personen haben seit damals ihre Wohnung verloren.

Zur Schärfung der Begriffe unterscheidet die NGO European Federation of National Organisations Working with the Homeless (FEANTSA) in ihrer europäischen Typologie Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit und prekäre Wohnversorgung. Unter Obdachlosigkeit versteht man obdachlose Menschen und solche, die in Notschlafstellen und Wärmestuben die Nächte oder kalte Wintertage verbringen. Wohnungslos ist man hingegen, wenn man in Wohneinrichtungen wie Übergangwohnheimen oder Asylheimen lebt, in Frauenhäusern Zuflucht sucht, aber auch ein Leben in Gefängnissen, Strafanstalten oder Jugendheimen fällt darunter.

Gründe für Obdachlosigkeit gibt es viele. Die Hauptauslöser, dass jemand aus seiner Wohnung muss, sind in den meisten Fällen Miet- und Energieschulden, eine Trennung, Konflikte im Wohnungsumfeld oder der Verlust der Arbeitsstelle. „Durch COVID-19 und die Auswirkungen sind in der EU große Diskussionen ausgebrochen, was die Arbeitslosigkeit in der Folge der Wirtschaftskrise betrifft“, sagt der sozialdemokratische EU-Parlamentarier Andreas Schieder. „Arbeitslosigkeit ist auch ein zentraler Punkt, wenn es um Obdachlosigkeit geht. Wir haben besonders bei Frauen und Migrant*innen gesehen, dass die Zahl an Menschen ohne Wohnung ansteigt. Deshalb braucht es leistbares Wohnen, um das Problem in den Griff zu bekommen.“

Ein neoliberaler Wohnungsmarkt trägt dazu bei, dass die Mietpreise ständig steigen. In Deutschland beispielsweise hat sich in den vergangenen 15 Jahren der Bestand an Sozialwohnungen beinahe halbiert – von 2,03 Millionen auf 1,13 Millionen. Trotz der Pandemie und der damit einhergehenden (finanziellen) Folgen hat in Deutschland allein im Jahr 2020 die Zahl an leistbaren Wohnungen um 26.000 abgenommen. Dabei ist gerade der soziale Wohnbau wichtig, um Menschen mit geringeren Einkommen ein würdiges Leben zu ermöglichen.

„Während die Bruttomieten seit 2008 um 41 Prozent angestiegen sind, ist das monatliche Median-Haushaltseinkommen im selben Zeitraum nur um 32,5 Prozent gewachsen“, erklärt Sozialreferentin Sina Moussa-Lipp von der AK Wien. „Bei privaten Neuvermietungen sind zwei von drei Verträgen befristet. Mit diesen Entwicklungen ist es zunehmend schwieriger für Menschen mit geringen Einkommen, eine leistbare Wohnung zu finden“, meint die Expertin. In einem starken Sozialstaat muss Wohnen leistbar sein, nur so kann man Obdachlosigkeit bestmöglich eindämmen.

Aktionsplan gegen Obdachlosigkeit

Im Juni trafen sich die europäischen Gesundheits- und Sozialminister*innen im portugiesischen Porto zum Sozialgipfel, um unter anderem eine Strategie gegen die Obdachlosigkeit in Europa bis 2030 zu beschließen. Mitgliedsstaaten, Städte und Dienstleister sollen beim Austausch von bewährten Verfahren und der Identifizierung effizienter und innovativer Ansätze unterstützt werden, wie es im Aktionsplan zur Europäischen Säule sozialer Rechte heißt. Des Weiteren wird vonseiten der EU an Leitfäden zur Vergabe öffentlicher Aufträge gearbeitet. „Eine wichtige Aufgabe ist die sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge in Bezug auf die Obdachlosigkeit. Unternehmen sollen motiviert werden, obdachlosen Menschen eine Chance zu geben und sie anzustellen. Die Betriebe müssen sich allerdings rücksichtsvoll zeigen und den Personen Zeit geben, dass sie sich einarbeiten können“, sagt Schieder.

„Housing First“ als Erfolgsmodell

Wie in vielen Fragen ist die Europäische Union auch in der Frage der Bekämpfung von Obdachlosigkeit kein monolithischer Block. Unterschiedlichste Ansätze gibt es bereits jetzt. Und leider auch Negativbeispiele, wie inhuman gegen Menschen ohne festen Wohnsitz vorgegangen wird. In Ungarn drohen Obdachlosen beispielsweise seit 2018 Strafen. Damals schuf man ein Gesetz „gegen das Leben auf der Straße“. Anstatt staatliche Hilfe anzubieten, kriminalisiert der Staat seine Bürger*innen. „Die Zeit“ berichtete von einem Mann, der auf einer Parkbank der Kleinstadt Gödöllő bei Budapest schlief, festgenommen wurde und sich anschließend vor Gericht für seine „Straftat“ verantworten musste.

In einem starken Sozialstaat muss Wohnen leistbar sein, nur so kann man Obdachlosigkeit eindämmen.

Als positives Gegenbeispiel kann Finnland genannt werden. Dort bedient man sich des „Housing First“-Ansatzes. „Housing First“ bedeutet nichts anderes, als dass jemand zuerst eine Wohnung haben muss, um sich dann den anderen Problemen des Lebens widmen zu können. Und dieses Konzept ist sehr erfolgreich, wie offizielle Zahlen belegen. „Notunterkünfte allein sind nicht die Lösung und auch kein Weg aus der Armut. Man sollte vermehrt auf „Housing First“ setzen; also traditionelle Wege verlassen und sich erst darum kümmern, dass Menschen eine bezahlbare Wohnung zur Verfügung haben“, so Schieder.

Finnland ist in der EU das einzige Land, in dem seit 2015 die Obdachlosigkeit abgenommen hat. 32 Prozent weniger Menschen leben inzwischen seit damals auf der Straße. 7.800 Wohnungen stehen in dem skandinavischen Land für „Housing First“ zur Verfügung. Sollten sich die Bewohner*innen die Miete von ihrer Rente oder ihrem Gehalt nicht leisten können, unterstützt der Staat sie dabei und übernimmt die Kosten.

Hierzulande schlägt man nun einen ähnlichen Weg ein. Mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAWO) will der Staat Österreich bis 2025 25.000 Wohnungen für „Housing First“ zur Verfügung stellen. „Die BAWO leistet in diesem Bereich hervorragende Arbeit – auch wir als Arbeiterkammer sowie Mietervereinigung und eine Reihe an Sozialorganisationen setzen uns bereits seit längerer Zeit für einen Ausbau von ‚Housing First‘ ein – Lösungsvorschläge, wie Obdachlosigkeit beendet werden kann, liegen also schon seit einiger Zeit auf dem Tisch“, meint auch Moussa-Lipp. „Weitere 25.000 Wohnungen österreichweit in den nächsten Jahren für ‚Housing First‘ zur Verfügung zu stellen, halte ich durchaus für ein realistisches und sehr erstrebenswertes Ziel.“ ▀

Oft prekär und selten sichtbar

Reinigungskräfte erledigen einen wichtigen Job, Wertschätzung und gute Bezahlung gibt es dafür kaum, dafür steigenden Druck. Über eine Branche, in der viele mit Migrationshintergrund und besonders Frauen arbeiten. Kaum jemand traut sich, seine Stimme zu erheben und über die schwierigen Arbeitsbedingungen zu sprechen.

TEXT ALEXIA WEISS

Es ist sieben Uhr morgens, im Erdgeschoss eines Wohnhauses in Wien-Donaustadt steht ein Putzwagen mit Wassereimer und Wischmopp. Der Boden ist bereits gekehrt und nass aufgewischt, nun geht es an die Feinarbeit. Herr P. muss alle Fensterbretter abwischen und dann die Stiegeengeländer, Stockwerk um Stockwerk vom Keller bis zur sechsten Etage. Herr P. will weder seinen Namen noch sein Foto in einer Zeitung sehen, denn, das betont er mehrmals, er ist sehr froh, dass er diese Arbeit hat.

Vor sechs Jahren sei er aus Polen nach Österreich gekommen, erzählt der 31-Jährige. Dort habe er nur Gelegenheitsjobs gehabt, wie etwa als Pizzabote. Zunächst war er dann in Wien als Bauhelfer tätig. Eine schwere Arbeit sei das gewesen, erzählt er in gebrochenem Deutsch. Sehr viel schleppen habe er da müssen, und das meist im Freien. Seit fünf Jahren arbeitet er nun für eine Reinigungsfirma, die vor allem Wohnhäuser sauber hält. Diese Arbeit sei viel besser, meint Herr P.

Aber ja, leicht sei die Arbeit dennoch nicht. Um dieses Haus zu reinigen, darf er nicht länger als dreieinhalb, maximal vier Stunden brauchen. Danach ist das Nachbarhaus an der Reihe: Es ist ebenfalls ein großes Haus mit über 40 Parteien. Herr P. putzt jeden Tag woanders, „manchmal bin ich in drei Häusern, manchmal mache ich vier, wenn sie kleiner sind“. Herr P. arbeitet Vollzeit, für 40 Stunden in der Woche ist er angestellt. Auf seinem Konto landen dann im Monat rund 1.400 Euro netto. Damit ist er sehr zufrieden.

Zwei Drittel sind Frauen

Mit seiner Vollzeitstelle fällt Herr P. in der Reinigungsbranche aus dem Rahmen – oder auch nicht. Denn laut einer eben erschienenen Studie der Soziologin Bettina Stadler für die Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) ist der Anteil an Teilzeitbe-

schäftigten in dieser Branche besonders hoch – allerdings vorrangig bei Frauen. Sie arbeiten zu 62 Prozent nicht Vollzeit. Gleichzeitig ist der Frauenanteil in diesem Arbeitsfeld sehr hoch: In der Reinigung arbeiten zu 67 Prozent Frauen, nur ein Drittel sind Männer. Von den Männern sind allerdings nur 15 Prozent unter 36 Stunden pro Woche im Dienst der Sauberkeit unterwegs.

Und insofern ist Herr P. dann doch nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Auch sein Migrationshintergrund ist typisch für die Branche. Nur 32 Prozent der hier beschäftigten Frauen und 51 Prozent der Männer wurden in Österreich geboren, so Stadler, die sich dabei auf Angaben der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung aus dem Jahr 2019 bezieht. Demnach sind rund 75.900 Personen in der Reinigung beschäftigt, wobei Stadler hier auch die Beschäftigten in Hausmeisterdiensten miteinrechnet.

Hohe Dunkelziffer

Monika Rosensteiner ist die Vorsitzende des Bereiches Gebäudemanagement in der Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft vda. Ziehe man die Hausmeisterdienste ab, gebe es österreichweit an die 45.000 Reinigungskräfte, die offiziell, also angemeldet, arbeiten. Gerade im Reinigungsbereich ist die Dunkelziffer der undokumentiert Arbeitenden hoch, sie sind vor allem in Privathaushalten tätig. Ihre Zahl auch nur schätzen könne sie nicht, sagt die vda-Vertreterin. „Das kann man ja gar nicht kontrollieren.“ Aber ja, natürlich ist jede Fixanstellung mehr wünschenswert.

Jene, die zumeist als Arbeiter oder Arbeiterin und seltener als Angestellte beschäftigt werden, sind zumindest einigermaßen sozial abgesichert. Insgesamt leben allerdings viele der Betroffenen vor allem aufgrund der weit verbreiteten Teilzeitbeschäftigung prekär. Wie Stadler in ihrer Studie dokumentiert, verdienen Beschäftigte in der

Reinigung monatlich netto 1.400 Euro (inklusive anteiligem Urlaubs- und Weihnachtsgeld), wobei Frauen im Schnitt auf 1.200 Euro und Männer auf 1.800 Euro kommen. Allerdings verdient ein Viertel der Frauen 700 Euro oder weniger und ein weiteres Viertel zwischen 700 Euro und 1.200 Euro. Nur ein Viertel der als Reinigungskräfte beschäftigten Frauen erhält mehr als 1.500 Euro im Monat.

Rosensteiner sieht mehrere Ursachen für die sehr niedrige Entlohnung. Einerseits gebe es in der Branche noch immer einen Stundenlohn, das habe den Beigeschmack von Tagelöhneri und zeige eine niedrige Wertschätzung. Dieser beginnt bei 9,38 Euro. Die bekommt man in der Unterhaltsreinigung, das beinhaltet etwa das Saugen und Staubwischen in Büros. Es gibt in der Reinigung aber auch einen Lehrberuf – den Gebäudetechniker. Mit dieser Ausbildung beträgt der Stundensatz 11,74 Euro, sagt Rosensteiner. Nur

wenige Personen hätten aber einen solchen Abschluss. Das Gros der hier Arbeitenden ist ungelernt, es ist, wie auch Stadler unterstreicht, vor allem für Menschen mit Migrationshintergrund die Einstiegsbranche in den österreichischen Arbeitsmarkt.

Preisdruck und Arbeitsverdichtung

Einen weiteren Grund für die niedrige Bezahlung ortet Rosensteiner im Preiskampf der Branche. Immer weniger Reinigungskräfte seien fix in einer Firma angestellt, das Gros ist für Reinigungsfirmen tätig. Von denen gebe es Hunderte, viele davon sehr klein und oft Familienbetriebe. Betriebsräte und damit eine gute Vertretung der Arbeitnehmer*inneninteressen gebe es nur in den zehn bis zwölf großen Reinigungsfirmen in der Branche, so die vida-Vertreterin.

Viele Beschäftigte in der Reinigungsbranche leben prekär. Frauen kommen im Schnitt auf nur 1.200 Euro netto. Doch die Dunkelziffer jener, die gar nicht fix angestellt arbeiten, ist immens hoch.



„Man kann sich seinen Tag nicht einteilen und hat auch nicht wirklich Freizeit.“

Karin Sardadvar, Institut für Soziologie und Empirische Sozialforschung WU Wien

Grundsätzlich würden Verträge mit Reinigungsfirmen aber immer nur auf Zeit abgeschlossen, und jede neue Ausschreibung eines Reinigungsauftrags erhöhe den Preisdruck.

„Und immer bekommt der Billigstbieter den Zuschlag“, kritisiert Rosensteiner. Das bedeute für die Betroffenen zusätzlich auch eine immer stärker zunehmende Arbeitsverdichtung. Zudem müssten immer mehr Personen zwei Stunden da und eine halbe Stunde dort arbeiten. Wenn ein Auftraggeber eine Reinigungskraft nur für zwei Stunden in der Woche anfordere, dann bedeute das für die Arbeitnehmer*innen oft, an einem Tag von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz zu fahren. Immerhin habe hier die vida erreichen können, dass der Weg zwischen diesen Einsatzorten nun zur Arbeitszeit zählt.

Was ihr auch sauer aufstößt: die oftmalige Unsichtbarkeit von Reinigungskräften. Diese kritisiert auch Karin Sardadvar vom Institut für Soziologie und Empirische Sozialforschung an der Wirtschaftsuniversität Wien in ihrer Arbeit „Ausgelagert und unsichtbar: Arbeitsbedingungen in der Reinigungsbranche“, basierend auf dem Forschungsprojekt SPLITWORK. Sowohl privatwirtschaftliche als auch öffentliche Arbeitgeber seien in den vergangenen Jahrzehnten vermehrt dazu übergegangen, Reinigungstätigkeiten außerhalb der Kernarbeitszeiten durchführen zu lassen.

„Es ist üblich, dass eine Reinigungskraft von 6 bis 8 Uhr und dann erst wieder von 17 bis 20 Uhr arbeitet“, sagt die Wissenschaftlerin. In der Praxis bedeute das für die Betroffenen einen vollgepackten Tag, aber nur wenige bezahlte Stunden, schildert Rosenberger. Es erhöhen sich die Wegzeiten, und die Stunden dazwischen würden oft mit Hausarbeit und Kinderbetreuung verbracht. „Man kann sich seinen Tag nicht einteilen und hat auch nicht wirklich Freizeit.“

Sardadvar sieht in diesem Abdrängen von Reinigung in Tagesrandzeiten auch einen Mitgrund für den hohen Anteil an Teilzeitarbeit. „Wir müssen bei den Arbeitszeiten ansetzen, um die Teilzeitproblematik zu verändern“, betont sie und verweist auf mittlerweile andere Usancen in Skandinavien. In Norwegen beispielsweise sei ein weitreichender Übergang zur Tagreinigung gelungen, sagt die Expertin.

Wenn die Reinigungskräfte zudem Büros dann putzen, wenn auch die dort Arbeitenden an ihren Schreibtischen sitzen, erhöhe das die Wertschätzung für diese Art von Arbeit. Die Sorge vieler Firmen, der normale Arbeitsbetrieb würde durch die Arbeit des Reinigungspersonals gestört, stimme in der Realität gar nicht. Ein Büro zu saugen, abzustauben und den Mistkübel auszuleeren, dauere oft nur einige Minuten, währenddessen könne der oder die in diesem Raum Arbeitende sich einen Kaffee holen oder eine ohnehin anstehende Besprechung wahrnehmen.

Zuerst die Toiletten

Yasemin Özdemir ist sehr froh, dass sie untermtags arbeiten kann. Seit neun Jahren ist sie für eine Reinigungsfirma tätig, die österreichweit für die Reinigung in einigen Spitälern verantwortlich ist. Zu Beginn war sie als Springerin in einem Krankenhaus in Niederösterreich tätig. Das sei im Rückblick schwierig gewesen, erzählt sie. Jeden Tag habe sie in einer anderen Abteilung sauber machen

Seit 26 Jahren ist Annette Ernst Reinigungskraft, seit Corona hat sie noch mehr Arbeit: wegen des ständigen Desinfizierens.





Yasemin Özdemir arbeitet heute in einem niederösterreichischen Spital. Angefangen hatte sie vor neun Jahren noch als Springerin – das will sie aber nie wieder sein.

Dienst beginnt jeweils um acht Uhr, dann beginnt sie mit ihrer täglichen Routine, reinigt das Büro einer Bildungseinrichtung, dann den Gang, die WC-Anlagen, schließlich den großen Saal, danach die kleineren Kursräume. Wenn es Veranstaltungen gebe, habe sie auch einmal Abend- oder Wochenenddienst, „aber da helfe ich gerne, arbeite mit beim Umstellen, mache danach sauber“. Das Wichtigste sei, dass die Arbeit Spaß mache, sagt Ernst. Und das sei bei ihr der Fall. Auch das Gehalt stimme. Knapp 1.800 Euro netto verdient sie nun, nur während der Corona-bedingten Kurzarbeit seien es rund 270 Euro weniger gewesen.

Stichwort Corona: Die Pandemie hat sowohl Ernst als auch Özdemir mehr Arbeit beschert. Es werde nun viel mehr desinfiziert. Wenn an der Dienststelle von Annette Ernst zum Beispiel wieder einmal Prüfungen abgehalten werden, muss sie sofort jeden Tisch und Sessel und die Toiletten säubern. Ernst ist sich dabei aber auch ihrer wichtigen Aufgabe bewusst. „Da ist die Putzfrau ja wichtig, da muss man schauen, dass es funktioniert.“

Als Ernst vor 26 Jahren in diesem Job begonnen hatte – damals noch in Teilzeit, denn da war ihr Sohn noch klein, ihre Tochter noch gar nicht geboren –, gab es ein Team von einer Vollzeit- und vier Halbtagskräften in der Reinigung. Inzwischen arbeite sie Vollzeit und ab und zu komme noch eine Springerin zur Verstärkung. Ja, eine Arbeitsverdichtung habe da schon stattgefunden – andererseits habe sie nun eine Maschine für die nasse Bodenreinigung und müsse nicht mehr alles von Hand wischen. Und sie sagt: „Heute ist es auch sauber. Aber früher hast du vom Boden essen können.“

Raus aus der Armutsgefahr

Gäbe es mehr Stellen wie die von Annette Ernst, wären Reinigungskräfte insgesamt sichtbarer und nicht derart oft von Armut betroffen, wie dies heute der Fall ist. Wer zwar viele Jahre, aber immer nur wenige Stunden arbeitet, wird auch in der Pension noch prekär leben. „Viele landen dann dort, wo sie im Bereich der Ausgleichszulage sind“, sagt Rosensteiner. „Wenn ich Vollzeit arbeite, kann ich mehr Ansprüche erwerben, als wenn ich nur zehn oder 15 Stunden pro Woche angemeldet bin.“ ▀

müssen. Seit rund sieben Jahren arbeitet sie jeden Tag auf derselben Station. „Normalerweise beginnt mein Dienst um sieben Uhr und endet um 13 Uhr.“ Vier von diesen sechs Stunden ist sie auf immer derselben Station eingesetzt. „Wenn ich in der Früh komme, beginne ich mit den Toiletten.“ Danach reinige sie die Ärzte- und Schwesternzimmer, schließlich noch einmal die Toiletten. In den restlichen zwei Stunden reinige sie an einem Tag die Kapelle, am anderen das Büro des spitalsinternen Mistplatzes. Zudem habe sie jedes zweite Wochenende Dienst.

Özdemir spricht wie auch Herr P. nicht perfekt Deutsch, sie kann sich aber gut verständigen. Sie arbeitet 30 Stunden in der Woche und gehört zu jenen, die dies freiwillig tun, um auch genügend Zeit für ihre inzwischen zwölfjährige Tochter zu haben. In einem normalen Monat landen 1.150 Euro netto auf ihrem Konto, kommen einmal etwas mehr Sonntagsstunden zusammen, können es auch 1.350 Euro netto sein. „Fixplatz und Teilzeit, das passt für mich“, sagt sie. Springerin wolle sie aber nie wieder sein – und auch Früh-, Spät- und Nachtdienste möchte sie nicht mehr machen. „So ist es besser, mit Kind.“

Seltener Fall: direkt angestellt

Annette Ernst gehört zu jenen nur mehr wenigen Reinigungskräften, die direkt im Betrieb, den sie sauber hält, angestellt ist – und das bereits seit 26 Jahren. Sie weiß dieses Privileg durchaus zu schätzen – „ich habe nur eine Anlaufstelle, muss nicht von einem Arbeitsplatz zum anderen fahren.“ Sie ist Vollzeit angestellt, ihr

Wohlstand durch Wachstum?

Der überwiegende Teil der in Österreich lebenden Menschen lebt auf zu großem ökologischem Fuß. Angesichts einer sich zuspitzenden ökologischen Krise werden ein paar kosmetische Eingriffe nicht reichen. Höchste Zeit, „Wohlstand“ neu zu definieren und darüber nachzudenken, was das für Einkommen und Arbeitszeit bedeuten muss.

TEXT JOHANNES GRESS



Die Zeit drängt! Die ökologische Wende muss sozial verträglich gestaltet werden! Jetzt in unsere Zukunft investieren! Sätze wie diese sind mittlerweile zu – teils inhaltsleeren – Floskeln verkommen. Ein Versuch, diese Floskeln mit Inhalt zu füllen, zeigt: Um die ökologische Wende sozial verträglich zu gestalten, muss investiert, aber an vielerlei Stellschrauben gedreht werden. Und es zeigt sich auch: Die Zeit drängt.

Die Corona-Pandemie, wenn auch nicht überwunden, scheint uns derzeit zumindest eine Verschnaufpause zu gönnen. Während die Durchimpfung voranschreitet, steigt auch das Bruttoinlandsprodukt wieder, laut Prognosen sogar schneller als angenommen. Auch in puncto Arbeitsmarkt zeichnet sich ein positiver Trend ab. „Gerade jetzt“ ist daher ein günstiger Zeitpunkt für staatliche Investitionen, fordert Jana Schultheiß, Referentin für öffentliche Haushalte und Sozialstaat in der AK Wien. Kurzfristig, um Menschen in Beschäftigung zu bringen; langfristig, um nachhaltigen öffentlichen Wohlstand zu fördern. Zudem seien die finanzpolitischen Rahmenbedingungen geradezu ideal: Der Staat kann sich aktuell zum Nulltarif verschulden, und die nationalen und europäischen

Budgetregeln sind ausgesetzt, die sonst eine große Barriere beim öffentlichen Vermögensaufbau bilden.

Klimaziele

Auch Schultheiß kennt die eingangs erwähnten Floskeln. Sie betont, in Sachen Investitionen gehe es jetzt nicht nur darum, „zu investieren, allein um Arbeitsplätze zu schaffen“, sondern auch darum, entscheidende „soziale und ökologische Weichenstellungen“ zu tätigen. Die Ökonomin spricht von „intelligentem Investieren“, in die Bereiche Gesundheit, Bildung, Pflege und Umweltschutz. Branchen, die den öffentlichen Wohlstand fördern, deren Relevanz in Zukunft wächst und deren ökologischer Fußabdruck eher gering ist.

Ein weiterer Hebel, um Arbeitsmarkt und Umweltschutz zu versöhnen, besteht laut Dominik Wiedenhofer, Senior Scientist am Institut für Soziale Ökologie der Universität für Bodenkultur Wien (BOKU), in einer Reduktion der Erwerbsarbeitszeit statt Einkommenssteigerungen. Statt mehr und mehr Arbeitsplätze zu schaffen, könnte die vorhandene Arbeit auf mehrere Schultern verteilt werden – bestenfalls insgesamt reduziert und besser gestaltet werden.

Arbeit, das ist für viele Menschen nicht nur Einkommen, sondern Identifikation, soziale Teilhabe, ein Feierabendbier mit Kolleg*innen. Doch Studien zeigen: Je höher das Einkommen einer Person, umso größer ist im Schnitt deren ökologischer Fußabdruck. Denn mit dem Einkommen steigt auch der Konsum. Ökologisches Gewissen und Parteipräferenz spielen kaum eine Rolle. Hierbei geht es laut Wiedenhofer nicht nur um Superreiche, die durch die Welt jetten und mit Jachten durch die Gegend fahren. Der überwiegende Teil der in Österreich lebenden Menschen lebt auf zu großem ökologischem Fuß.

In Zahlen: Ein*e durchschnittliche*r EU-Bürger*in verursacht laut einer Studie der Cambridge University jährlich 8,2 Tonnen CO₂. Um die Pariser Klimaziele zu erreichen, dürften es maximal zwischen 2,5 und 3,3 Tonnen sein. Das schaffen laut Studie nur fünf Prozent der EU-Haushalte.

Kunststück der Vereinbarkeit

Anders formuliert: Um die Pariser Klimaziele zu erreichen, werden ein paar kosmetische Eingriffe nicht reichen. Es braucht tiefgreifende Transformationsprozesse in den Bereichen Produktion, Konsum, Verkehr, Landwirtschaft und Energie. Eine Studie der Universität für Bodenkultur Wien, an der neben rund einem Dutzend

Wissenschaftler*innen auch Wiedenhofer beteiligt war, zeigt in diesem Kontext: In den meisten Fällen werden Emissionen, die durch Technologie und Effizienzgewinne eingespart werden, vom Wirtschaftswachstum wieder wettgemacht. Das heißt, dass zwar relativ zur Wirtschaftsleistung weniger CO₂ emittiert wird, absolut steigt der Ausstoß trotzdem. Die Autor*innen legen nahe, ökologische Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum ließen und lassen sich (in den meisten Fällen) nicht vereinbaren.

Für Wiedenhofer steht fest, dass eine Arbeitszeitreduktion nur dann ökologisch nachhaltige Effekte erzielen kann, wenn in der Folge weniger und nachhaltiger konsumiert – ergo weniger und sauberer produziert – wird. Damit müsse die Maßnahme gesamtgesellschaftlich auch mit einer Reduktion und Veränderung des Konsums einhergehen – „alles andere wäre wirkungslos“. Wohl wissend, dass eine solche Forderung einige Stolpersteine beinhaltet: Das Einkommen von Geringverdiener*innen muss verschont bleiben.

Wiedenhofer warnt jedoch davor, die Komplexität einer solchen Maßnahme zu unterschätzen. Es ist zum Beispiel nicht ausgemacht, dass Lohnabhängige, die fortan weniger arbeiten, diese Zeit nicht nutzen, um übers Wochenende in den Süden zu fliegen – vor allem, wenn die Flugindustrie weiterhin mit Steuergeldern gestützt wird.

Eine Reduktion der Wochenarbeitszeit kann nur ein kleiner Baustein in einem großen Transformationsprozess sein und muss in einen entsprechenden Maßnahmenmix eingebettet sein, betont Wiedenhofer. Hierzu zählt der Umweltextperte mitunter eine radikale ökosoziale Steuerreform, den Abbau klimaschädlicher Subventionen, Verbote besonders klimaschädlicher Aktivitäten (wie eben Kurzstreckenflüge), die schrittweise Erhöhung von Produktstandards (Energieeffizienz, Lebensdauer, Reparaturfähigkeit und Wiederverwertbarkeit) und staatliche Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge sowie umweltfreundliche Infrastrukturen.

Weg vom BIP

Für AK-Expertin Schultheiß bedeutet das auch, dass der Staat entsprechende Qualifizierungs- und Fortbildungsprogramme auf den Weg bringen muss. So müssen beispielsweise (Langzeit-)Arbeitslose für Jobs mit guten Zukunftsaussichten qualifiziert werden, während Beschäftigte in ökologisch nicht nachhaltigen Branchen eine Perspektive brauchen.

Auf einer grundsätzlicheren Ebene fordert Wiedenhofer eine Abkehr vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Wohlstandsindikator: „Das BIP ist ein Maß für Austausch, Produktion und Konsum von Gütern und Dienstleistungen, nicht mehr und nicht weniger.“ Wirtschaftswachstum bedeute nicht automatisch einen Gewinn an Lebensqualität und Wohlstand, schon gar nicht für alle gesellschaftlichen Gruppen.

Mit Blick auf Arbeitsmarkt und ökologische Krise bleibt also zu fragen: Was für ein Wohlstand – und für wen? Bedeuten mehr Investitionen, mehr Arbeitsplätze und mehr Wachstum am Ende auch mehr Wohlstand? Was verstehen wir als Gesellschaft überhaupt darunter? Regelmäßige Billigflüge gen Süden und PS-starke Autos oder weniger Lohnarbeit, mehr Zeit für Familie, Freunde und Hobbys und eine intakte Umwelt? Fest steht allein: Die Zeit drängt. ▀

Wer erreicht die Pariser Klimaziele?

Cambridge University
2020



Starke Stimmen für mehr Fairness

*Unfaire Bezahlung, steigender Druck, fehlende Arbeitsplatzsicherheit, zu viele Überstunden – immer mehr Arbeitnehmer*innen sagen: „Mir reicht’s!“ Viele von ihnen setzen sich als Betriebsrät*innen für mehr Gerechtigkeit in den Betrieben dieses Landes ein.*

TEXT BEATRIX MITTERMANN



„Ein Vergleich von Unternehmen, wie es vorher ohne Betriebsrat war und wie es dann mit Betriebsrat ist, zeigt eigentlich schon alles“, meint Alexander Kronabeter (hier mit Team), Betriebsrat bei der Wiener Netze GmbH.

Es sind nur drei Beispiele für die zahlreichen anonymen Antworten, die im Zuge der großen Fairness-Umfrage des ÖGB gegeben wurden: „Der Arbeitgeber kann machen, was er will, und es gibt keine Konsequenzen!“ Oder: „Bei der Art, wie man mit Mitarbeitern umgeht, hat man das Gefühl, eine Nummer zu sein – sonst nichts.“ Oder: „Der Druck steigt, es wird immer mehr verlangt, aber die Gehälter bewegen sich nicht.“

Ganz Österreich war von April bis Ende Mai diesen Jahres auf www.mir-reicht.at dazu aufgerufen, an einer Umfrage teilzunehmen und sich dazu zu äußern, wie es um Fairness und Gerechtigkeit in den Betrieben dieses Landes steht. Über 13.000 Personen

sind diesem Ruf schließlich auch gefolgt. Ein klares Statement dafür, dass es in vielen Betrieben höchste Zeit ist, zu handeln.

Doch wo hakt es im Detail? Aufschluss darüber bieten die Antworten auf die Frage, was im Arbeitsleben als besonders ungerecht empfunden wird. Dabei wurden von den Teilnehmer*innen der Umfrage vor allem die folgenden Themenbereiche angesprochen: ungleiche Einkommensverteilung, Lohndumping, Gender-Pay-Gap, zu viele Überstunden, ständige Erreichbarkeit, Unterbesetzung, steigender Druck, zu viel Stress und kaum Ruhezeiten, mangelnde Arbeitsplatzsicherheit, Mobbing sowie fehlende Mitbestimmung. Eine traurige Bilanz, die deutlich zeigt, wie viel es noch zu tun gibt, um Fairness



ÖGB-Kampagnenleiter Jakob Luger:
„Betriebliche Mitbestimmung ist ein demokratisches Mittel, und es ist so wichtig, es auch zu nutzen.“

in der Arbeitswelt zu erreichen. Und genau dort setzt der ÖGB mit seiner Kampagne „Sei du die starke Stimme“ an. Die österreichweite Umfrage war dabei nur der erste Schritt, bei dem es darum ging, Problemfelder aufzuzeigen und Arbeitnehmer*innen zur Situation in ihren Betrieben zu Wort kommen zu lassen. In einem zweiten Schritt steht das Thema der betrieblichen Mitbestimmung im Zentrum. Denn wer etwas verändern möchte, muss handeln. Die Kampagnenleiter Richard Ondraschek und Jakob Luger wissen: Wer einen Betriebsrat im Unternehmen hat, kann für seine Kolleg*innen vieles zum Positiven verändern und für mehr Fairness im Betrieb sorgen. Gerade in diesen herausfordernden Zeiten brauche es mehr starke Stimmen für Fairness in der Arbeitswelt. „Mit einem Betriebsrat im Unternehmen geht nicht alles durch, was sich Arbeitgeber wünschen“, so Ondraschek. „Arbeitnehmer*innen haben Rechte, und es gibt immer Möglichkeiten, die Situation zu verbessern – genau das soll die Kampagne zeigen“, ergänzt Luger. „Betriebliche Mitbestimmung ist ein demokratisches Mittel, und es ist so wichtig, es auch zu nutzen.“

Kritikpunkt Entlohnung

Löhne und Gehälter waren im Zuge der Umfrage immer wieder Thema: „Es wird uns ständig eingeredet, dass für die Beschäftigten nicht genug Geld da ist. Dabei wird es nur falsch verteilt!“ – „Die Gehaltsschere wird immer größer!“ – „Es wird immer mehr verlangt, aber die Gehälter ändern sich nicht.“ – „Es ist nicht fair, dass Frauen oft weniger verdienen als Männer.“ – „Wie kann es sein, dass die systemrelevanten Berufsgruppen immer noch nicht richtig entlohnt werden? Applaus hin oder her, von 1.200 Euro für Vollzeit im Handel können wir nicht leben!“

All diese Aussagen zeigen, dass es in Bezug auf das Einkommen vielerorts alles andere als gerecht zugeht. Auch hier kann ein Betriebsrat Abhilfe schaffen. Alexander Kronabeter, Betriebsrat bei

Wiener Netze GmbH, ist es ein großes Anliegen, dass Arbeit fair und gerecht entlohnt wird: „Aus Betriebsratsicht ist Gerechtigkeit für mich, wenn Menschen einer Arbeit nachgehen, für die sie fair entlohnt werden. Dass Männer und Frauen fair entlohnt werden.“

Stress, Druck und Belastungen

Unfaire Löhne und Gehälter sind jedoch nicht die einzigen Problemfelder, die es in den Betrieben Österreichs gibt. Hinzu kommen Stress, Druck und eine Vielzahl an Belastungen. Das zeigen die zahlreichen anonymen Antworten der Fairness-Umfrage: „Ich mache Überstunden über Überstunden, weil so viel Arbeit da ist, und es gibt kein zusätzliches Personal. Ich habe den ganzen Tag Stress und werde mit meiner Arbeit keinen Tag fertig.“ – „Die Belastung der Mitarbeiter steigt stetig. Kollegen werden entlassen oder gehen in Pension, und die Stellen werden nicht mehr nachbesetzt. Die Arbeit ist aber vorhanden und wird auf die Verbleibenden aufgeteilt. Es geht nicht mehr so weiter!!!“ – „Es kann doch nicht sein, dass Profit über psychischer Gesundheit steht. Äußert man Wünsche oder Beschwerden, hat man Angst vor einer Kündigung.“ – „Der psychische Druck ist unvorstellbar, Burnout-Fälle passieren regelmäßig.“ – „Unser Unternehmen geht nach der Devise vor: Wo kein Kläger, da kein Richter. Das beginnt bei den Arbeitszeitaufzeichnungen, den All-in-Verträgen für kleine Angestellte und endet bei sozialwidrigen Kündigungen.“ – „Tägliche Kontrollanrufe im Krankenstand, wann man denn wieder fit ist.“

„Konfliktmanagement und Maßnahmen gegen Mobbing im Unternehmen – das sind meine Steckenpferde. Ich weiß, dass viele, vor allem kleinere Unternehmen damit zu kämpfen haben. Mir ist es wichtig, dass alle gleich und fair behandelt werden, mit Wertschätzung und Menschlichkeit“, betont Betriebsrat Kronabeter. Doch was, wenn die Geschäftsführung nicht mitspielt? Hier geht

Kronabeter folgendermaßen vor: „Ich versuche es zunächst mit Studien und Gutachten, die zeigen, dass die Änderungen, die ich anstrebe, positive Auswirkungen auf das ganze Unternehmen haben werden. Wenn auch das auf taube Ohren stößt, hilft es, die ganze Belegschaft auf seine Seite zu holen. Wenn alle Kolleg*innen davon überzeugt sind und man gemeinsam auftritt, kann man einen größeren Druck auf die Geschäftsführung ausüben.“

Mit Betriebsrat besser durch die Krise

Seit der Corona-Krise hat sich viel verändert. Viele Probleme, die es bereits davor gab, haben sich weiter zugespitzt. „In schwierigen Zeiten zeigt sich, dass die erste Antwort von Unternehmen oft ist, Mitarbeiter*innen zu kündigen. Sehr oft wird das als einzige Lösung bei akuten Problemen gesehen. Aber das kann es nicht sein!“, so Kampagnenleiter Ondraschek. Umso wichtiger sei es für alle Arbeitnehmer*innen, dass sie ein Sprachrohr im Betrieb haben. Denn es macht einen Unterschied, einen Betriebsrat zu haben, der sich für gute Arbeitsbedingungen, einen fairen Umgang und die Abfederung der Folgen der Corona-Krise einsetzt. Das zeigen auch Studien: dass Unternehmen mit einem Betriebsrat deutlich besser durch solche Ausnahmesituationen kommen.

Ein gutes Beispiel dafür ist auch Oliver Weissgerber, Betriebsratsvorsitzender bei ZARA: „Wir hätten unsere 1.000 Arbeitsplätze sonst nicht erhalten können.“ Durch den großen Einsatz der Betriebsrät*innen, ausverhandelte Betriebsvereinbarungen und regelmäßige Gespräche mit der Geschäftsführung konnten alle Kolleg*innen in Kurzarbeit gut durch die Krise geführt und Kündigungen sowie Filienschließungen verhindert werden. In Zeiten von Corona ist ihm zufolge Zusammenhalt und gemeinsam stark aufzutreten wichtiger denn je.

Laut Kronabeter müsse man sich nur vor Augen führen, was alles möglich ist, wenn es einen Betriebsrat im Unternehmen gibt: „So ein Vergleich von Unternehmen, wie es vorher ohne Betriebsrat war und wie es dann mit Betriebsrat ist, zeigt eigentlich schon alles. Es gibt so viele Praxisbeispiele, die den Mehrwert der Betriebsratsarbeit zeigen, so viele Erfolgsgeschichten. Natürlich ist es viel Arbeit, aber man kann viel erreichen, und dafür lohnt es sich auf jeden Fall zu kämpfen.“

„Es gibt solche und solche“

Das Bild, das die große Fairness-Umfrage von Österreichs Betrieben zeichnet, ist alles andere als positiv. Doch auch bei Arbeitgebern gibt es solche und solche: „Man darf nicht alle über einen Kamm scheren, aber dort, wo es nötig ist, muss etwas getan werden, um mit gewerkschaftlicher Organisation, betrieblicher Mitbestimmung und Demokratie im Betrieb für Gerechtigkeit zu sorgen“, bekräftigt Ondraschek.



„Solidarität und Zusammenhalt sind gerade jetzt enorm wichtig“, meint der ÖGB-Kampagnenleiter Richard Ondraschek.

Zudem zeigt eine Befragung von Manager*innen im Rahmen der European Company Survey 2019, deren Ergebnisse ganz aktuell vorliegen, dass Betriebsratsarbeit keinesfalls von allen Arbeitgebern dieses Landes abgelehnt wird. Im Gegenteil: Von 1.010 befragten Unternehmen schätzen insgesamt 87 Prozent der Manager*innen die Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat als konstruktiv ein: 33 Prozent davon als sehr konstruktiv, 54 Prozent als eher konstruktiv, und nur 13 Prozent gaben an, die Zusammenarbeit sei wenig bis gar nicht konstruktiv. Ebenfalls große Zustimmung herrscht in Bezug auf das Vertrauen in den Betriebsrat: 91 Prozent der befragten Manager*innen schätzen das Vertrauen zwischen Betriebsrat und Management als stark ein – was bedeutet, dass lediglich neun Prozent meinen, es gebe wenig bis gar kein Vertrauen. Gute Voraussetzungen also für eine erfolgreiche Zusammenarbeit.

Ondraschek weist daher auf eine differenzierte Betrachtung hin: „In vielen Betrieben funktioniert alles gut, aber dort, wo es nicht funktioniert, müssen wir Stärke zeigen.“

Keine Wunderwuzzis

Betriebsrät*innen sind keine Übermenschen. Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer in einem Betrieb mit mehr als fünf Mitarbeiter*innen kann Betriebsrat oder Betriebsrätin werden. „Wir suchen keine Wunderwuzzis. Betriebsrät*innen sind normale Menschen mit einem guten Gerechtigkeitssinn. Betriebsratsarbeit ist für jede*n etwas, die oder der etwas zum Positiven verändern möchte“, so Luger.

Und so hat es in zahlreichen Betrieben seit Beginn der Kampagne bereits Betriebsrats-Neugründungen gegeben – Tendenz steigend. Das ist ein wichtiger Schritt, doch die eigentliche Arbeit

beginnt erst danach. Denn Veränderung braucht Zeit. Nichts lässt sich ad hoc von heute auf morgen verändern. „Es gibt Momente, in denen man Geduld aufbringen muss, aber dann gibt es diesen Punkt, wo man sagt: Mir reicht's, so nicht!“, erläutert Kronabeter. Sein Erfolgsrezept: „Mit einer guten Argumentation kann man viel erreichen, aber man muss immer wieder nachhaken, lästig sein und darf nicht vorschnell aufgeben.“

Was es braucht, um Betriebsrat bzw. Betriebsrätin zu werden, fasst Kronabeter so zusammen: „Gut mit Menschen zu können, Geduld und Fingerspitzengefühl.“ Wichtig ist es für ihn, auf Augenhöhe zu verhandeln. „Und einen gewissen Gerechtigkeitsinn muss man haben, wenn's unfair wird im Leben.“

Zusammen stärker

Die österreichweite Umfrage hat viele Problemfelder sichtbar gemacht, mit denen Arbeitnehmer*innen aktuell in Unternehmen zu kämpfen haben. Betriebsräte stehen in diesem Kampf jedoch nicht allein da. „Egal, um welches Thema es geht, man kann sich immer Unterstützung in den Betrieb holen“, sagt Kronabeter. „Mein Zugang ist: Man kann als Betriebsrat nicht Experte für alles sein. Dafür gibt es genügend Leute in der Arbeiterkammer, im ÖGB und in den Gewerkschaften, die man zu Hilfe holen kann. Man ist als Betriebsrat nie allein.“ Zudem verweist er auf die Website www.betriebsraete.at, auf der angehende und bestehende Betriebsrät*innen wichtige Informationen rund um die Betriebsratsarbeit finden und auch um Unterstützung anfragen können.

Für Ondraschek war das auch ein wichtiges Kernelement der Kampagne: „Es war uns wichtig zu zeigen, dass man als Betriebsrat nicht allein ist. Es gibt ein Betriebsratsteam, das zusammenarbeitet. Und zusätzlich stärken einem ÖGB, die Gewerkschaften und die Arbeiterkammer den Rücken. Diese Dreierkette zeigt: Zusammen ist man stark.“

Doch damit nicht genug: Im Rahmen der Kampagne kommen auch sogenannte Buddys zum Einsatz, die eine zusätzliche Unterstützung für angehende Betriebsrät*innen darstellen. Für Richard Ondraschek gerade am Anfang ein wichtiger Erfolgsfaktor: „Beim Buddy-Programm unterstützen erfahrene Betriebsräte neue bzw. angehende Betriebsräte mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen. Voneinander zu lernen und sich zu vernetzen ist enorm wichtig.“ Auch Alexander Kronabeter hat sich als Buddy angemeldet und stellt angehenden Betriebsrät*innen gerne seine Expertise und Erfahrung zur Verfügung. Seine Motivation? „Ich will, dass es Arbeitnehmer*innen in anderen Unternehmen genauso gut geht wie uns.“

Bei so viel Rückendeckung und Unterstützung ist es kaum verwunderlich, dass immer mehr Arbeitnehmer*innen sagen: „Mir reicht's!“ Und die ersten Schritte setzen, selbst zu starken Stimmen im Betrieb zu werden, die sich für die Rechte und Interessen ihrer Kolleg*innen einsetzen. ▀

DREI FRAGEN ZUR KAMPAGNE

an die ÖGB-Kampagnenleiter Jakob Luger und Richard Ondraschek

Wieso ist die Kampagne gerade in Zeiten von Corona so wichtig?

Luger / Es ist zu jeder Zeit wichtig, dass es einen Betriebsrat im Unternehmen gibt. Egal, ob in der Pandemie oder zu anderen Zeiten: Ein Betriebsrat kann für mehr Gerechtigkeit sorgen. Wenn man an all die Kündigungswellen denkt und den Druck, der auf den Arbeitnehmer*innen lastet, wird deutlich, dass es einen besonderen Schutz braucht – und genau den liefern Betriebsräte.

Ondraschek / Solidarität und Zusammenhalt sind gerade jetzt enorm wichtig. Das sind die Werte, die uns gut durch die Krise bringen.

Was liegt euch bei der Kampagne besonders am Herzen?

Luger / Wir wollen echte Betriebsrätinnen und Betriebsräte ins Zentrum der Kampagne rücken und ihnen Danke sagen für ihre großartige Arbeit. Sie leisten tagtäglich so viel für ihre Kolleg*innen, und es ist wichtig zu zeigen: Das sind Menschen wie du und ich, die sich einfach hineinknien.

Ondraschek / Ein besonderes Herzstück der Kampagne ist für mich das Buddy-System. Mit der Kampagne haben wir da eine Plattform für Betriebsräte geschaffen, die ermöglicht, voneinander zu lernen, und den Austausch untereinander forciert.

Was wünscht ihr euch in Zukunft für die Arbeitswelt?

Luger / Ich wünsche mir, dass wir alle aus der Krise lernen. Dass es einen respektvollen Umgang auf Augenhöhe in den Betrieben dieses Landes gibt. Und wo immer es diesen Umgang nicht gibt, muss er eben erkämpft werden.

Ondraschek / ... und dass sich Arbeitnehmer*innen zusammenschließen. 13.000 Leute, die bei einer Umfrage „Mir reicht's“ sagen, zeigen, dass es viel zu tun gibt. Und es ist schön zu sehen, dass sich so viele im Anschluss melden, weil sie einen Betriebsrat gründen möchten.

Der Sozialstaat – das sind wir alle



RENATE ANDERL
ARBEITERKAMMER-PRÄSIDENTIN

In Österreich profitiert jeder Mensch im Laufe seines Lebens von sozialstaatlichen Leistungen und staatlicher Infrastruktur. Als Kinder besuchen wir öffentliche Schulen, im Falle einer Krankheit suchen wir eine Ärztin oder einen Arzt auf und werden dank gesetzlicher Krankenversicherung weitgehend kostenfrei behandelt. Sollten wir unseren Arbeitsplatz verlieren, bietet die Arbeitslosenversicherung einen Lohnersatz, und im Alter sichern staatliche Pensionen unsere Lebensgrundlage. Unser Sozialstaat unterstützt immer dann, wenn wir Hilfe brauchen, und sorgt für die nötige soziale Umverteilung in der Gesellschaft.

Die Corona-Krise hat unser Sozialsystem auf eine harte Probe gestellt und zugleich deutlich gemacht, wie wichtig ein gut ausgebauter Sozialstaat und eine funktionierende Sozialpartnerschaft sind. Das Vertrauen der Menschen in diese ist während der Pandemie noch größer geworden. Acht von zehn Menschen wollen einen starken Sozialstaat. Diesem Appell müssen wir Taten folgen lassen und ihn weiter stärken, ausbauen und verbessern!

Angesichts der Krise dürfen wir aber nicht den Fehler machen, auf Sparmaßnahmen zu setzen. Im Gegenteil: Wir brauchen soziale Investitionen, allen voran in Pflege und Bildung – und in eine sozial-ökologische Transformation. Denn nur so können wir künftige Herausforderungen – die Klimakrise und den digitalen Wandel – erfolgreich bewältigen. Dringend notwendig ist eine Beschäftigungs- und Qualifizierungsoffensive, um die Arbeitslosigkeit zu senken, und auch ein höheres Arbeitslosengeld. Denn wer arbeitslos wird, hat 100 Prozent der Kosten, aber nur 55 Prozent des früheren Einkommens. Nur mit einem höheren Arbeitslosengeld können wir verhindern, dass Menschen und ihre Familien aufgrund der Corona-Krise in die Armut abrutschen. Eine reiche Gesellschaft darf sich Armut – insbesondere Armut von Kindern – nicht leisten!

Angesichts der Krise müssen wir den im Land vorhandenen Reichtum besser verteilen. Deswegen ist es höchste Zeit für eine Millionärsabgabe und eine Erbschafts- und Schenkungssteuer. Wir können nicht mehr länger zuschauen, dass Reiche und Superreiche keinen fairen Beitrag zum Wohlergehen der Menschen in diesem Land leisten! Denn wir alle profitieren von hohen sozialstaatlichen Standards, von Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit – weil wir alle Teil des Sozialstaats sind! ■

shop.oegbverlag.at



Arbeitszeit

Mag. Martin Müller, Leiter des Referats Rechts- und Kollektivvertragspolitik
im Österreichischen Gewerkschaftsbund

MMag.^a Dr.ⁱⁿ Charlotte Reiff, Referentin für Sozialpolitik
im Österreichischen Gewerkschaftsbund

Varia / 1. Auflage / 2021 / 360 Seiten / EUR 36,00

ISBN 978-3-99046-500-4

Buch + e-book

Lebenszeit ist ein wertvolles Gut, da diese nicht vermehrbar ist. Einen großen Teil unseres Lebens verbringen wir mit Erwerbsarbeit. Somit sind Fragen der Arbeitszeit in unserem Leben von zentraler Bedeutung. In diesem Buch haben die HerausgeberInnen Beiträge aus verschiedenen Bereichen der Wissenschaft gesammelt, die unterschiedliche Aspekte von Arbeitszeit beleuchten. Das Spektrum reicht von Rechtswissenschaft bis zu Arbeitsmedizin, es wird die nationale wie auch die europäische Dimension beleuchtet. In Praxisbeiträgen werden darüber hinaus konkrete Vorschläge für Regelungen und Modelle zur Diskussion gestellt. Dieses Buch soll einen Beitrag dazu leisten, die Arbeitszeitdebatte zu beleben.

Webtipp



sozialleistungen.at

Sozialstaat im Überblick

Auf der Plattform [sozialleistungen.at](https://www.sozialleistungen.at) stellt die AK Wien umfassende Informationen über den österreichischen Sozialstaat und seine Leistungen bereit.

Alle Interessierten finden hier:

- > zentrale Sozialleistungen in Österreich: von der Familienbeihilfe bis zur Alterspension, von Anspruchsvoraussetzungen bis hin zu praktischen Hinweisen zur Antragstellung
- > Wissenswertes zum Sozialstaat und seinen Leistungen, u. a. mit Bezug auf Corona
- > kostenlosen digitalen Zugang zum Standard-Nachschlagewerk „Sozialleistungen im Überblick“
- > einen umfangreichen Publikationenbereich mit weiterführenden Literaturtipps sowie zahlreiche Links zu Beratungsbroschüren der AK Wien

Alle Infos: www.sozialleistungen.at

Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

Rathausstraße 21, 1010 Wien

shop@oegbverlag.at

Telefon 01/405 49 98-132

Fax 01/405 49 98-136

**Versand-
kostenfrei
ab 30 Euro
Bestellwert**



